



Fachkräftemangel

**Es ist bereits
5 nach 12!**



Erfolg

**8 Fakten
zu den Gehalts-
verhandlungen**



teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

4/2022



Ökonom
**Stephan
Schulmeister**
im teamwork-
Interview

**Was gegen hohe
Energiepreise
und Teuerung getan
werden muss**

**„Politik
muss *JETZT*
handeln!“**

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.

FOTOS: MICHAELA BRUCKBERGER, PETRA SPICLA, ROBERT RUBAK



HOTEL • RESTAURANT ★★★★★

Grimmingblick

Quelle deiner Energie



Salzkammergut Wintercard
bis zu **25%**
Ermäßigung auf viele Attraktionen

Foto: shutterstock

PISTENZAUBER

GÜLTIG VON:

SAISONANFANG BIS 23.12.2022
08.01.2023 BIS 28.01.2023
12.03.2023 BIS 10.04.2023

***ERMÄSSIGUNG AUF DEN
3-, 4- UND 6-TAGESSKIPASS!***

- **7 Nächte** mit Halbpension plus
- **6-Tagesskipass** für das Schneebärenland
- **1 Vitamindrink**
- **Ermäßigungen im Schiverleih** „Gipfel.Momente“ und „Pürcher“
- **Laternenwanderung durch den Wald** mit Herrn Direktor

Preis für younion-Mitglieder:

Ersparnis
€ 211,00

7 Nächte pro Person € 864,-

Preis für younion-Mitglieder:

Ersparnis
€ 142,00

5 Nächte pro Person € 628,-

Preis für younion-Mitglieder:

Ersparnis
€ 114,00

4 Nächte pro Person € 499,-

LANGLAUFPACKAGE

Dezember 2022 bis April 2023

**3-TAGESKARTE FÜR
DIE LOIPE INKLUSIVE!**

**STEIGEN SIE IN DER NÄHE UNSERES
HOTELS IN EINES DER SCHÖNSTEN LOIPEN-
NETZE MIT SKATINGSPUR EIN.**
(180 Loipenkilometer zwischen Tauplitzalm,
Grimming und Odensee)

- **4 Nächte** mit Halbpension plus
- **3-Tageskarte für die Loipe**
- **Vitamin-Langläufer-Drink**
- **Ermäßigung im Schiverleih** „Gipfel.Momente“
- **Kuschelbademantel und Badetücher** während des Aufenthalts
- **Rückenmassage** mit anssl. Fußreflexzonenmassage, Dauer ca. 60 Minuten

Preis für younion-Mitglieder:

Ersparnis
€ 172,00

7 Nächte pro Person € 753,-

Preis für younion-Mitglieder:

Ersparnis
€ 106,00

4 Nächte pro Person € 464,-

ADVENTZAUBER

buchbar vom
11. bis 18. Dezember 2022

- **6 Nächte + 7. Nacht GRATIS** mit Halbpension plus
- **3 Nächte + 4. Nacht GRATIS** mit Halbpension plus
- **Winterliche Laternenwanderung** (mit Einkehr in Walters Schnapshöhle)
- **Wahlweise aromatischer Wintertee oder feuriger Punsch**
- **Kleine Advents-Überraschung** am Zimmer
- **10 % auf eine Behandlung Ihrer Wahl** im Wellnesshaus Elisabeth
- **Musikalischer Abend** mit der Musikgruppe „Die Ausseer“

Preis für younion-Mitglieder:

Ersparnis
€ 239,00

7 Nächte pro Person € 596,-

Preis für younion-Mitglieder:

Ersparnis
€ 179,00

4 Nächte pro Person € 312,-



HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merdinger

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Günter Unger

guenter.unger@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen, Jugend & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Mitgliederanfragen & -betreuung

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © RENEDEL/MISSIER/AG1

Karin Zauner-Lohmeyer

Chefredakteurin
teamwork

Gas, Strom, Fernwärme, Miete, Treibstoff, Lebensmittel und viele Dinge des täglichen Bedarfs wurden in diesem Jahr um ein Vielfaches teurer. Und deshalb ist die Inflation auch das Thema dieser teamwork-Ausgabe. Was steckt hinter der Teuerung? Sind wirklich nur die steigenden Gaspreise und der Krieg in der Ukraine an all dem schuld?

Oder befinden wir uns nicht längst in einer Preis-Profit-Spirale, sprich: Konzerne erhöhen einfach die Preise, um Profite zu generieren? Weil es vielleicht die meisten so machen? Wenn ja: Was kann dagegen getan werden? Über diese Fragen habe ich mit dem Ökonomen Stephan Schulmeister gesprochen. Er hat im Interview (S. 6 bis 9) ganz konkrete Vorschläge geliefert, was die Politik gegen die Teuerung dringend tun sollte.

Die Teuerung war natürlich auch ein zentrales Thema bei den diesjährigen Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst. Manfred Obermüller war Teil des Verhandlungsteams der youunion und berichtet in seinem Leitartikel (S. 5) über einen historischen Verhandlungserfolg. Erstmals liegen alle Gehälter (Vollzeit) im Magistrat der Stadt Wien über 2.000 Euro brutto! Auf einer Doppelseite (S. 26 und 27) bringen wir die wichtigsten Fakten zum Gehaltsabschluss. Wer verhandelt mit wem? Wie, wo und worüber?

Das Jahr 2022 hat gezeigt, wie wichtig Solidarität und Zusammenhalt unter den Arbeitnehmer*innen sind. Wir haben in Österreich starke, entschlossene Gewerkschaften, die sich nicht mit Einmalzahlungen abweisen lassen, sondern beharrlich für faire Gehälter und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Die Gewerkschaften geben Sicherheit in instabiler gewordenen Zeiten.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: (01) 31316-83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **StV:** Margit Pollak, Günter Unger **Redaktionskomitee:** Stephanie Grguric, Erwin Feichtlbauer, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Angelika Schleinzer, Felix Steiner, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich

Hersteller: Druckerei Jentzsch, 1210 Wien

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Coverfotos: Petra Spiola/HG 1, Robert Rubak/youunion, Michaela Bruckmüller/HG 1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH, UW-Nr. 790



Löhne erhöhen, Übergewinne effektiv besteuern!

Die Teuerung macht aktuell allen zu schaffen. Die Inflation steigt nach wie vor - und für viele werden die Miete, das Heizen oder der Lebensmitteleinkauf zur finanziellen Misere.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/ GROUND PICTURE

Die Energiepreise sind zum größten Teil für die Teuerung verantwortlich. Die Regierung versagt jedoch bei der Inflationsbekämpfung.



BILD: © ROBERT RUBA

Thomas Kattnig
Bereichsleiter EU und Internationales der youunion_Die Daseinsgewerkschaft, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Seitens der Wirtschaft und konservativ-liberaler Meinungsmacher hören wir immer wieder: Die Löhne sind schuld an den massiven Preissteigerungen. Löhne sind aber nicht die Ursache der Teuerung – Arbeitnehmer*innen sind die Opfer dieser Krise. Der Wert ihrer Löhne sinkt, während die Preise für Alltagsgüter steigen. Dies verstärkt die bestehenden Ungleichheiten, wobei Geringverdiener*innen und schutzbedürftige Menschen am stärksten betroffen sind.

Regierung ist gefordert

Die Regierung hat die Verantwortung, Notfallmaßnahmen gegen die Lebenshaltungskosten-Krise

zu ergreifen. Die Inflation muss aktiv bekämpft, Soforthilfe für in Schwierigkeiten geratene Familien und eine Deckelung der Preise müssen sichergestellt werden. Die von der Regierung vorgeschlagene Übergewinnsteuer ist zahllos und muss dringend verbessert werden.

Unsere Forderungen

Die Gewerkschaften in ganz Europa fordern dazu die Umsetzung eines Sechs-Punkte-Plans, um die Lebenshaltungskosten-Krise zu bewältigen sowie zum Aufbau einer Wirtschaft, die etwas für Arbeitnehmer*innen tut:

1. Angemessene Lohnerhöhungen und Gehaltsrunden.
2. Unterstützungszahlungen für Menschen, die Mühe haben, Energierechnungen, Lebensmittel und Miete zu bezahlen.

3. Preisdeckel, insbesondere bei Energierechnungen, und eine wasserdichte Steuer auf Übergewinne von Energie- und anderen Unternehmen.
4. Nationale und europäische Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zum Schutz von Einkommen und Arbeitsplätzen in Industrie, Dienstleistungs- und öffentlichem Sektor, einschließlich Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen und Einkommen sowie Finanzierung sozialer Maßnahmen zur Bewältigung dieser Krise und gerechter Übergangsprozesse.
5. Eine Reform des EU-Energie-markts – Anerkennung, dass Energie ein öffentliches Gut ist, und Maßnahmen, um die Ursachen der Krise anzugehen, wie etwa die unzureichenden Investitionen in grüne Energie und die Folgen der Privatisierung.
6. Einbeziehung der Gewerkschaften, um Maßnahmen zur Krisenbekämpfung durch sozialen Dialog zu konzipieren und umzusetzen. Dies ist die bewährte Methode zur erfolgreichen Krisenbewältigung.

Unsere Regierung kann und darf diese Krise nicht aussitzen oder mit dem Asylthema ablenken. Der Preis für Untätigkeit oder falsche Reaktionen wie Zinserhöhungen, Einfrieren der Löhne oder die Wiederaufnahme des gescheiterten Sparprogramms wird katastrophal hoch sein.

thomas.kattnig@youunion.at

Triebfeder dieser Teuerungskrise sind die Übergewinne - nicht die Löhne.

Zuwächse von 9,41 bis 7,15 Prozent - mindestens 170 Euro. Das niedrigste Gehalt in der Wiener Stadtverwaltung liegt nun über 2.000 Euro brutto.

Historischer Verhandlungserfolg

Die Gehaltsverhandlungen des Öffentlichen Dienstes wurden am 23. November 2022 erfolgreich abgeschlossen. Mit einem Plus von 7,15 bis 9,41 Prozent (mindestens 170 Euro) ist ein historisch guter Gehaltsabschluss für 2023 gelungen. Damit liegt das geringste Gehalt in der Stadt Wien nun erstmals bei mehr als 2.000 Euro brutto.



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

Ich war Teil des 15-köpfigen Arbeitnehmer*innen-Verhandlungsteams unter dem Vorsitz von Christian Meidlinger, dem Vorsitzenden der younion, und Norbert Schnedl, dem Vorsitzenden der GÖD. Auf der Seite der Arbeitgeber*innen übernahmen Werner Kogler, Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport sowie Finanzminister Magnus Brunner den Vorsitz. Eines vorweg: Die Gespräche waren äußerst sachlich und sehr wertschätzend. Dafür möchte ich mich bedanken!

Gleich zu Beginn der Verhandlungen bekam ich die Möglichkeit, die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen während der Pandemie und der laufenden Ukraine-Krise darzustellen. Österreich sei nur deshalb so gut durch die COVID-19-Pandemie gekommen, weil die Verwaltung einwandfrei funktioniert habe. Egal, ob in der Elementarpädagogik, auf den Magistratischen Bezirksämtern, bei der Rettung, im Gesundheitsdienst, in den Bereichen Staatsbürgerschaft und Einbürgerung und auch an den Verwaltungsgerichten – die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst bewiesen und beweisen Tag für Tag Engagement, Zusammenhalt und Flexibilität. Oftmals arbeiten sie unter schwierigsten Bedingungen.

Eine funktionierende Verwaltung ist wie Atmen. Für die meisten selbstverständlich! Bei den diesjährigen Gehaltsverhandlungen haben wir jedoch dieses Selbstverständliche zum Thema gemacht. Mit Erfolg. Wir wurden gehört.

Dennoch bereitet uns die enorme Teuerung Sorgen. Der Preisanstieg bei Strom, Gas, Treibstoffen, Mieten, Lebensmitteln etc. belastet uns alle. Viele fragen sich, wie sie ihr Leben finanzieren sollen. Umso wichtiger ist nun dieses Verhandlungsergebnis. Wir haben uns nicht mit

Einmalzahlungen abspeisen lassen! Mit diesem Gehaltsabschluss ist die Kaufkraft gesichert!

Wenn wir in die Zukunft blicken, dann ist allen Beteiligten völlig klar: Wir stehen vor einer riesigen Pensionierungswelle der „Baby-Boomer-Generation“, im öffentlichen Dienst aber auch in manch anderen Bereichen herrscht bereits jetzt akuter Personalnotstand. Es braucht Lösungen. Die Sozialpartner*innen sind gefordert. In Wien haben wir traditionell eine sehr gute Gesprächsbasis. Ich bin daher optimistisch, dass wir gemeinsam die Rahmenbedingungen für das Arbeiten für die Stadt Wien verbessern werden.

manfred.obermueller@wien.gv.at

„Mit diesem Gehaltsabschluss ist die Kaufkraft gesichert!“

„Wo die Märkte versagen, muss die Politik handeln!“

Was jetzt gegen die hohen Energiepreise und die Teuerung getan werden muss und warum wir mehr Markttransparenz brauchen, erklärt der Ökonom Stephan Schulmeister im teamwork-Interview.



BILD: © RENÉ DELMISIER/HGT

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

teamwork: Die Energieversorgung ist Daseinsvorsorge. Macht es daher Sinn, dass Strom und Gas an einer Börse gehandelt werden?

Stephan Schulmeister: Nein, das macht keinen Sinn. Die Bildung von Strom- und Gaspreisen auf Börsen ist sozial schädlich und ökonomisch ineffizient, und zwar aus drei Gründen. Erstens ist die Versorgung mit Energie, ebenso wie der öffentliche Verkehr, die Versorgung mit Wasser etc. eine Dienstleistung der Daseinsvorsorge. Auch im Recht der Europäischen Union wird explizit hervorgehoben, dass bei Dienstleistungen der Daseinsvorsorge Versorgungssicherheit und Leistungsfähigkeit wesentliche Kriterien sind.

Und dennoch wurde die Energieversorgung liberalisiert.

Ja, und zwar in den späten 1990er Jahren ganz nach dem Motto: „Mehr privat, weniger Staat“. Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus kam die Phase, wo man sagte: Das „Ende der Geschichte“ sei angebrochen, der Kapitalismus habe endgültig gesiegt. Und in dieser euphorischen Stimmung hat man geglaubt, man könne auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im Wesentlichen nur über den Marktmechanismus steuern. Das geht allein schon deshalb nicht, weil auf den Märkten das Profitmotiv die treibende Kraft ist, was der Versorgungssicherheit zu leistbaren Preisen entgegensteht.

Und die weiteren Gründe?

Der zweite Grund ist, dass Dienstleistungen der Energieversorgung

in Netzwerken erstellt werden. Und in Netzwerkökonomien gelten Marktregeln nur eingeschränkt, weil das Netz ein natürliches Monopol darstellt, wie beispielsweise bei der Wasserversorgung oder im Bahnverkehr. Wenn ich jetzt liberalisieren möchte, dann muss ich das Betreiben des Netzes von der Benützung trennen. Der Effekt ist, dass am Ende des Tages nur jene Netze entsprechend gut gewartet und ausgebaut werden, die im öffentlichen Eigentum sind. Die Verlierer sind immer die Kund*innen. Der dritte Grund liegt ganz einfach an der Tatsache, dass Preisbewegungen an Börsen instabil sind, weil Spekulation eine große Rolle spielt.

Das hat Wien Energie zu spüren bekommen.

Ja, wenn die Preise so stark schwanken, dann schwanken auch die Sicherheitsleistungen an der Börse, die man laufend nachschließen muss oder auch gutgeschrieben bekommt. Jeden Tag aufs Neue geht es da um hunderte Millionen, wenn nicht um Milliarden Euro. Das ist ein enormer Unsicherheitsfaktor.

Hat Wien Energie aus deiner Wahrnehmung spekuliert?

Nein, hat sie nicht. Die Wien Energie kauft auf Termin Gas für die Fernwärmeproduktion ein und verkauft auf Termin Strom, der im Winter im Rahmen der Wärmeproduktion anfällt. Es ist an dem Freitag, dem 26. August etwas passiert, was in dieser Form nie zuvor passiert ist: Der Strom-

preis ist unfassbar stark gestiegen (um nahezu 40 Prozent) und der Gaspreis nur wenig. Normalerweise entwickeln sich Strom- und Gaspreise parallel. So kam es zu dieser kurzfristigen, enormen Liquiditätslücke. Mit Spekulation hat das nichts zu tun. Es waren Absicherungsgeschäfte.

Was sollte Wien Energie anders machen?

Sie könnte die Versorgung möglichst durch bilaterale, langfristige Lieferverträge mit verlässlichen Partnern sicherstellen. Dadurch könnte man die Absicherungen an den Börsen massiv reduzieren.

Österreich erzeugt 60 Prozent des Stroms aus heimischer Wasserkraft und rund 15 Prozent aus Wind, Biomasse und Photovoltaik etc. Warum richtet sich aber unser Strompreis in Österreich nach dem Gaspreis?

Ja, das wirkt skurril. Rund 80 Prozent des Stroms, der in Österreich erzeugt wird, stammt aus unserer eigenen, überwiegend staatlichen Wasserkraft und zum Teil aus Biomasse, Wind- und Solarkraft. Die Kosten der erneuerbaren Energien sind durch den Ukraine-Krieg gar nicht gestiegen. Dennoch verrechnen jetzt unsere Energieversorgungsunternehmen in Österreich beim Strom das Vier- bis Fünffache.

Obwohl die Kosten der Energieversorger so gut wie gar nicht gestiegen sind?



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/NGT

Stephan Schulmeister fordert, dass die heimischen Energieversorger ihren Strom zu Kostenpreisen anbieten sollten.

Das ist dem so genannten Merit-Order-Prinzip geschuldet. Der Strompreis richtet sich nach den Kosten des letzten zugeschalteten Kraftwerks – also dem teuersten, das notwendig ist, um den Bedarf zu decken. Das sind in der Regel Gaskraftwerke.

Warum sind diese notwendig?

Das Problem der erneuerbaren Energie ist, dass ihre Produktion stark schwankt, insbesondere der Wind- und Solarstrom. Zum Abdecken der Bedarfsspitzen braucht man daher auch Gaskraftwerke, die rasch dazugeschaltet werden können. Bislang war das kein Thema, weil die Gas-

preise immer sehr niedrig waren. Doch seit Putins Krieg hat sich der Gaspreis vervielfacht.

Wie wird der Gaspreis gebildet?

Auch an Börsen, insbesondere den Gas-Börsen in Deutschland

und Holland. Ob jedoch die OMV, der Hauptimporteure von Gas in Österreich, tatsächlich einen solchen Preis bezahlt oder durch langfristige Lieferverträge irgendeinen anderen Preis, das wissen wir alle nicht. Das sollte untersucht werden!

Wie könnte eine Alternative zum Handel an der Börse aussehen?

Da Österreichs Energieversorgungsunternehmen alle direkt oder indirekt überwiegend im Eigentum der öffentlichen Hand stehen, könnten, meiner Ansicht nach, sehr wohl der Bund bzw. die Landesregierungen über die jeweiligen Aufsichtsräte den Vorständen den Auftrag erteilen, dass österreichische Kundinnen und Kunden zu Kostenpreisen versorgt werden. Das bedeutet, die Preisbildung erfolgt nach den tatsächlich angefallenen Kosten des jeweiligen Betreibers. Die Leistbarkeit und Versorgungssicherheit haben im Vordergrund zu stehen!

Wären derartige Kostenpreise aus Sicht der EU-Binnenmarktregeln erlaubt?

Ich denke schon, weil die Stromversorgung Daseinsvorsorge ist und die EU-Kommission ja selbst immer wieder festgestellt hat: Der Strommarkt funktioniert nicht. In der jetzigen Situation würde die EU mit Sicherheit kein Verfahren gegen Österreich eröffnen.

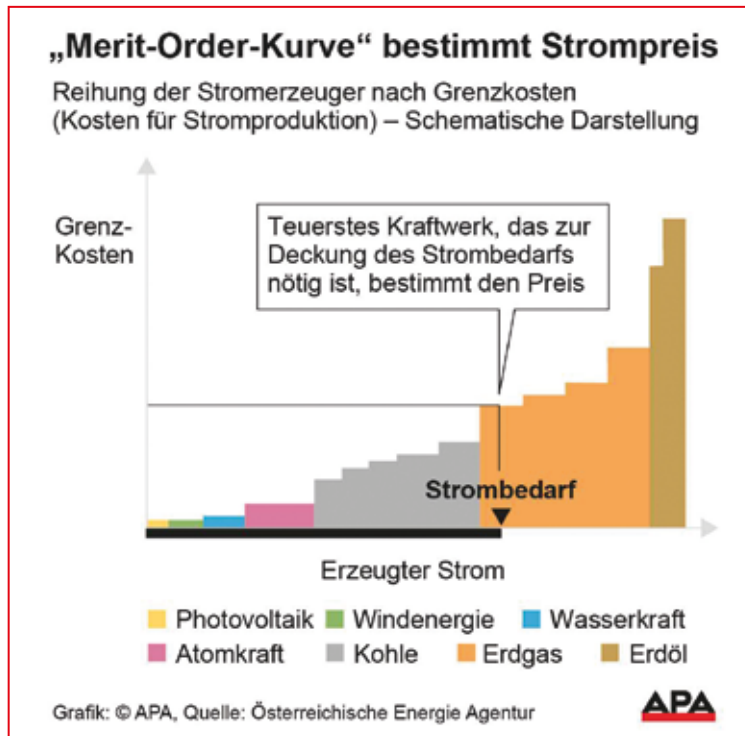
Kann man sagen: Österreichs Kraftwerke gehören uns allen?

Ja, das kann man. Österreichs

Merit-Order-Prinzip

Dieses Modell ist die aktuelle Methode zur Strompreisberechnung in einem Stromhandelsmarkt. Nach diesem Prinzip werden Kraftwerke der Reihe nach zugeschaltet, bis der Bedarf gedeckt ist. Dabei wird zuerst das günstigste Kraftwerk eingeschaltet, dann das zweitgünstigste und so weiter - bis genügend Strom zur Verfügung steht. Somit ist das letzte, das zugeschaltet wird, das teuerste. Der Strompreis richtet sich dann nach dem letzten zugeschalteten Kraftwerk - also dem teuersten. Der Betreiber des günstigsten Kraftwerks hat damit den höchsten Gewinn.

Thema



Bundesregierung sollte angesichts der Tatsache, dass die Österreicher*innen die Kraftwerke der heimischen Betreiber letztendlich auch bezahlt haben, verlangen, dass die Bevölkerung nun auch die Vorteile genießen dürfen. Sprich: Kostenpreise! Alles andere ist unverschämt.

Wie sieht es beim Erdöl aus?

Im Wesentlichen ist die OMV ein Monopolist bei der Versorgung mit Treibstoffen und Erdgas. Wir stehen vor einer ähnlichen Problematik wie bei Strom und Gas, dass nicht dokumentiert wird, wie sich die Preise bilden. Fakt ist: Vom Ukraine-Krieg haben die Ölkonzerne enorm profitiert und Zusatzgewinne eingefahren.

Ist das Besteuern der Übergewinne von Energiekonzernen der richtige Weg?

Ich halte es für viel klüger, diese Gewinne erst gar nicht entstehen zu lassen, indem man etwa die Durchschnittskosten, also die tatsächlichen Kosten, zur Grundlage

der Preisbildung nimmt. Die OMV sollte gegenüber der Wettbewerbsbehörde verpflichtet werden, genau zu dokumentieren, zu welchen Kosten hat sie eingekauft und zu welchen Kosten weiterverkauft, um festzustellen: In welcher Weise sind Preissteigerungen gerechtfertigt?

Auch bei den Lebensmitteln haben wir dieselbe Problematik: einen unglaublichen Anstieg der Preise.

Die Wettbewerbsbehörde untersucht nicht ausreichend, wie oder ob der Wettbewerb funktioniert. Ein extremes Beispiel ist für mich der Preisanstieg bei den Milchprodukten von 30 bis 50 Prozent.

Die Preistreiberei ufert also aus?

Die Inflation, die wir heute erleben, hat eine neue Qualität. Wir befinden uns in einer Epidemie der Preistreiberei! Es breitet sich die Strategie aus, Profite über Preissteigerungen zu erhöhen. Die Logik „Profit nicht aus der Produktion, sondern aus der Höherbewertung“ hat sich von den

Finanzmärkten auf die Immobilien und im nächsten Schritt auf die Rohstoffe ausgebreitet. Die instabilen Preise auf den Rohstoffmärkten sind nicht nur durch Putins Krieg verursacht worden, sondern hängen auch mit dem Bekenntnis zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern zusammen.

Kannst du das bitte näher erklären?

Seit dem Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015 wurde den fossilen Energiebesitzer*innen klar, dass ihr Geschäftsmodell nur noch 30 bis 40 Jahre funktioniert. Sie streben nun danach, in den kommenden Jahrzehnten ein Maximum an Profit herauszuholen, durch eine Verknappung des Angebots. Auch der Ukraine-Krieg ist vor diesem Hintergrund zu betrachten. Das Säbelrasseln, die Truppenmassierungen an der Grenze der Ukraine und Förderkürzungen haben schon Monate vor der Invasion den Ölpreis auf das Vierfache steigen lassen.

Was muss die Politik aus deiner Sicht unternehmen, um der Inflation Einhalt zu gebieten?

Wir müssen die Grundproblematik von Inflation als Strategie der Bereicherung thematisieren und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs darüber anstoßen. Wir müssen darüber reden, dass Inflation immer auch mit Verteilung zu tun hat, wobei die Karten ungleich verteilt sind. Während die Unternehmen Preise setzen können, können die Arbeitnehmer*innen nicht einfach ihre Löhne bestimmen. Dieses Ungleichgewicht muss thematisiert werden. In einem zweiten Schritt muss die Politik die Preisbildung bei Produkten und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge unter die Lupe nehmen. Wir müssen uns fragen: Wo sind die Stärken und wo sind die Schwächen von Märkten? Beim Strommarkt würde man feststellen, dass planwirtschaftliches Handeln effizienter und sozialer ist als die Börsen-Logik.



BILD: © MICHAELA BRUCKENGER/HG1

Mag. Dr. Stephan Schulmeister

Ökonom, war von 1972 bis 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO).

2018 erhielt er den Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch - Sonderpreis Arbeitswelten - für „Der Weg zur Prosperität“.

2020 den Wissenschaftspreis der Keynes-Gesellschaft für „Der Weg zur Prosperität“.

Du hast in einem Interview erwähnt, dass eine Agentur für Markttransparenz sinnvoll wäre. Kannst du diese Idee kurz beschreiben?

Ich empfehle der Regierung, eine Agentur für Markttransparenz einzurichten. Das soll keine Behörde

sein, sondern eine Dokumentationsstelle, die etwa Einzelhandelsketten (einschließlich Tankstellenbetreiber) verpflichtet, ihr gesamtes Angebot (Kennzeichnung, insbesondere Preise) täglich online zu stellen. All diese Daten haben die Unternehmen ja schon

abrufbereit auf ihren Servern. Eine solche Regelung wäre nichts anderes als die seit Jahrzehnten bestehende Preisauszeichnungspflicht, angepasst an das digitale Zeitalter. Sofort würden sich IT-Entwickler*innen finden und Apps anbieten, durch die jeder oder jede den täglich optimalen Einkaufskorb zusammenstellen kann. Es würde dann auch sofort auffallen, wenn marktdominierende Unternehmen gleichzeitig Preise stark erhöhen.

Ideen gegen die Teuerung

■ Kostenpreise für Strom und Gas statt Börsenhandel

Die Preisbildung für Energie (Strom, Gas) sollte nicht mehr an der Börse erfolgen, sondern die heimischen Energieversorger sollten der österreichischen Bevölkerung die Energie zu Kostenpreisen verkaufen. Das bedeutet, die tatsächlich angefallenen Kosten werden weiterverrechnet. Leistbarkeit und Versorgungssicherheit vor Profit!

■ Maximale Kosten- und Preistransparenz bei Treibstoffen

Die OMV soll gesetzlich gegenüber der Wettbewerbsbehörde verpflichtet werden, genau zu dokumentieren, zu welchen Kosten sie eingekauft und zu welchen Kosten sie weiterverkauft hat. Nur so können Preissteigerungen für die Gesellschaft nachvollziehbar werden.

■ Schaffung einer Agentur für Markttransparenz

Handelsketten werden verpflichtet, auf einer öffentlichen Plattform ihr Warensortiment täglich mit den aktuellen Preisen und mit Informationen zu den einzelnen Produkten in einem maschinenlesbaren Format zu veröffentlichen. Ziel: bessere, verbindliche Information der Konsument*innen und das Monitoring von Preisentwicklungen.

Im Moment hat man den Eindruck, dass die Staaten sehr hilflos gegenüber diesen Marktentwicklungen dastehen?

Was es nun braucht, das ist Mut! Solange sich die Traditionsparteien, die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten, nicht von ihren eingeschlifften Gedankenbahnen verabschieden, spielt es den Rechtspopulisten in Europa in die Hände. Dort, wo die Märkte versagen, muss die Politik handeln! Ich sehe jetzt eine gute Chance, einen Schritt in eine bessere Richtung zu gehen.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

„Ich bin kein Freund von Ja-Sagern!“

Welche Herausforderungen auf die Stadt zukommen und was ihm in der Zusammenarbeit wichtig ist, erklärt Magistratsdirektor Dietmar Griebler im teamwork-Gespräch.

Zauner-Lohmeyer: COVID-19, Ukraine-Krieg, Teuerung, Klimakrise: Was hat die Stadt aus den bisherigen Krisen gelernt?

Griebler: Die Stadt hat gelernt, mit Ruhe an die Sachen heranzugehen, nicht hektisch zu werden und sich Schritt für Schritt den multiplen Krisensituationen zu nähern. Wesentlich ist auch, dass alle Dienststellen zusammenarbeiten: von der Organisationseinheit bis zur Magistratsdirektion. Wir ziehen an einem Strang; schauen, was Sache ist, und treffen auf Fakten basierende Entscheidungen. Das ist das Erfolgsrezept.



BILD: © MICHAELA BRÜCKENBERGER/HGT

Obermüller: Wir haben gesehen, dass der Wiener Krisenstab hervorragend funktioniert. Wir waren als Gewerkschaft sozialpartner-

schaftlich laufend eingebunden und haben Maßnahmen mitkommuniziert. Das hat den Bediensteten Klarheit und Sicherheit gegeben.

Wie kann es gelingen, die Stadt noch krisenfester zu machen?

Griebler: Wir stellen uns laufend die Frage: Wie können wir noch besser werden? Das ist, was uns hier in Wien auszeichnet! Man kann nicht alles vorhersehen, aber man kann die Verwaltungsziele und Prozesse dementsprechend anlegen und die Infrastruktur so in Schuss halten, dass wir bestmöglich vorbereitet sind.

Beispielsweise bei einem Blackout?

Griebler: Genau. Auf ein derartiges Szenario sind wir gut vorbereitet.

Was sind die Herausforderungen der kommenden Jahre?

Griebler: Die Personalsituation, die Pensionierungswelle, die Gesundheitsfinanzierung, die Sanierung der Spitäler, die Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr und das Thema „Raus aus Gas“. Wir haben in Wien 600.000 fossile Heizungen, 400.000 Gasthermen. Das alles auszuwechseln, die Fernwärme voranzubringen, in die Geothermie zu investieren, das ist nichts, was von heute auf morgen funktioniert. Das gelingt nur gemeinsam. Aber auch der Bund muss seinen Anteil leisten, im Rahmen des Finanzausgleichs und des Stabilitätspakts.

Gibt es einen Plan, wie es gelingen kann, die für die Wärmewende notwendigen Fachkräfte zu bekommen?

Griebler: Ja, den gibt es. Gemeinsam mit dem waff, dem Wiener Arbeitnehmer*innen-Förderungsfonds, und mit den Wiener Stadtwerken arbeiten wir daran, Fachkräfte für den Ausbau der Fernwärme und das Installieren von Photovoltaik-Anlagen auszubilden.

Wie begegnet die Stadt dem Personalmangel in bestimmten Berufsgruppen, z. B. bei den Kindergartenpädagog*innen, Techniker*innen etc.?

Griebler: Wir haben die Prognose, dass wir bis 2030 rund 20.000 Mitarbeiter*innen durch Pensionierungen verlieren werden. Die Personaldirektion ist dabei, Maßnahmen zu entwickeln und gegenzusteuern. Der große Vorteil der Stadt ist, dass wir ein unglaublich breites Spektrum an Arbeitsmöglichkeiten haben. Diesen Schatz müssen wir noch viel besser hervorheben.

Obermüller: Wir werden über neue Arbeitszeitformen reden, z. B. die 4-Tage-Woche. Heute ist es so, dass sich nicht mehr die Leute bei den Firmen bewerben, sondern die Firmen bei den Leuten. Darauf müssen wir uns einstellen.

Griebler: Das sehe ich auch so. Die Wiener Linien haben einen ersten Piloten für eine 4-Tage-Woche gestartet, den ich für sehr gut halte.

„Ich bin der Auffassung, dass die Kompetenz im Haus eine sehr hohe ist.“



BILD © MICHAELA BRUCKBERGER/HG 1

Magistratsdirektor Dietmar Griebler setzt auf das Know-how der Mitarbeiter*innen.

Das mobile Arbeiten werden wir überall dort fortführen, wo es Sinn macht. Und die Möglichkeit von Online-Terminanmeldungen, z. B. bei den Bezirksämtern oder bei den Ambulanzen, werden wir beibehalten, weil es sich bewährt hat.

Was möchtest du anders als deine Vorgänger machen?

Griebler: Ich lebe nicht im Wettbewerb mit meinen Vorgängern. Ich habe im Laufe meiner Tätigkeit hin und wieder festgestellt, dass die Stadt ein Problem mit dem Diskutieren und mit dem Treffen von Entscheidungen hat. Und ich nehme auch wahr, dass der Prophet im eigenen Haus zu wenig gilt und viele externe Berater*innen eingekauft werden. Das unterstütze ich nicht. Ich bin der Auffassung, dass die Kompetenz im Haus eine sehr hohe ist, die Mitarbeiter*innen ein unglaubliches Know-how haben und sehr engagiert sind. Es gibt in einigen Bereichen noch Luft nach oben, aber generell ist dieses Know-how zu fördern und

es ist daraus die Kraft für das gesamte Haus zu ziehen.

Obermüller: Da freue ich mich, dass du das so siehst.

Griebler: Was machen externe Beraterinnen und Berater? Sie saugen das Know-how des Magistrats ab und verkaufen es uns dann um teures Geld.

Was ist dir in der Zusammenarbeit wichtig?

Griebler: Mir ist wichtig, dass die jeweilige Position vertreten wird – dass man nicht meint, man müsse etwas sagen, weil man glaubt, dass ich das hören möchte. Ich bin kein Freund von Ja-Sagern, von Wackeldackeln, die dasitzen und „Ja“ sagen, weil ich eine Position vertrete. Die Damen und Herren sollen ihre Meinung sagen und dann kann man sich auch von der eigenen Position wegbewegen.

Welche Bedeutung hat die Gewerkschaft für dich?

Griebler: Sie hat vermehrt an Bedeutung gewonnen. Wir erleben viele krisenhafte Situationen, in denen Solidarität wichtig ist. Die Gewerkschaft hat aber auch bei Strukturreformen zu unterstützen, damit der gesamte Apparat fit für die Zukunft und für die Krisen gemacht werden kann.

Politische Interventionen haben in letzter Zeit zugenommen. Das hat viele Führungskräfte verunsichert. Wie denkst du darüber?

Griebler: Die Verwaltung und die Politik sind zwei Bereiche, die aufs Engste miteinander verzahnt sind und auch sehr gut zusammenarbeiten, wie das die Stadt Wien zeigt. Bei politischen Interventionen ist immer darauf zu achten, dass der Rechtsstaat und die Rechtslage

„Dass man mit Presseaussendungen gegen Abteilungen vorgeht, ist befremdlich.“

Im Gespräch



BILD: © MICHAELA BRUCKBERGER/HGT

HG 1-Vorsitzender Manfred Obermüller, Chefredakteurin Karin Zauner-Lohmeyer im Gespräch mit Magistratsdirektor Dietmar Griebler.

eingehalten werden. Es hat keine Verhältnisse wie beim Bund zu geben. Hier sind klare Grenzen zu ziehen.

Obermüller: Was mich stört, ist die Tatsache, dass die Stadt Wien gegen die mediale Diffamierung der eigenen Mitarbeiter*innen bisher zu wenig dageengehalten hat. Bedienstete wurden mit Foto – ohne Balken – vollem Namen und mit Gehalt abgebildet. Wenn sie dann Morddrohungen bekommen, dann ist das inakzeptabel. Da erwarte ich mir, dass die Stadt dagegenhält, auch gegen die großen Zeitungen.

Griebler: Auch die Vorgehensweise, dass man mit Presseausweisungen gegen Abteilungen vorgeht, ist befremdlich. Ich habe daher mit Dienststellenbesuchen begonnen. Ich war in der MA 35 und habe dort gesagt: „Die MA 35 ist kein Armutszeugnis für die Stadt. Solche Presseausweisungen sind das Armutszeugnis für jene, die so etwas aussenden!“ Vor allem, wenn man überhaupt nicht berücksichtigt, was die Mitarbeiter*innen dort leisten.

Es hat auch von politischen Parteien kommand Anzeigen gegen Mitarbeiter*innen gegeben.

Griebler: Was ich auch vollkommen ablehne und zurückweise. Das ist für mich ein Zeichen einer gewissen Hilflosigkeit. Eine Vorgangsweise, die keinen Platz hat!

Wien gilt als eine der lebenswertesten Städte der Welt.

Gibt es auch Vorbilder für Wien?

Griebler: Auch wir gehen in die weite Welt hinaus und schauen, wie Verwaltung woanders funktioniert. Wir können zum Beispiel von den baltischen Staaten lernen beim Thema der Digitalisierung.

Obermüller: Wenn man sieht, wie stark die Stadt wächst und wie gering sich der Personalstand erhöht, dann sieht man, wie sehr wir uns im Kunden*innenservice weiterentwickelt haben. Bei Sitzungen mit den Bundesländern bekomme ich oft zu hören: „Ihr habt es ja leicht in Wien!“ Dann sage ich immer: „Wir haben eine ausgezeichnete Gesprächsbasis.“

Griebler: Das ist das Geheimrezept. Gemeinsam Dinge zu verhandeln, Dinge zu besprechen und nicht zu schauen, dass man den anderen über den Tisch zieht. Das gemeinsame Ziel sollte im Mittelpunkt stehen. Und das tut es.

Mag. Dietmar Griebler MBA

wurde 1970 in Wien geboren. Nach dem Jusstudium begann er seine Tätigkeit bei der Stadt Wien 1994 im MBA 10. Nach einer Station in der MA 63 - Gewerbeangelegenheiten kam er 1997 in die damalige MA 4 - Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten, von wo er 2001 in die MA 5 - Finanzwesen wechselte. Von 2003-2005 absolvierte Griebler den Postgraduate-Universitätslehrgang „International Executive MBA Public Management“ an der University of Salzburg Business School. 2006 übernahm er die Leitung der Präsidialabteilung des Bürgermeisters und 2008 zusätzlich die Funktion des Bereichsleiters für Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien. Seit Jänner 2013 leitete Dietmar Griebler die MA 5 - Finanzwesen, seit Juni 2013 auch als Finanzdirektor der Stadt Wien. Er wurde am 1. Juli 2022 zum Magistrats- und Landesamtsdirektor von Wien bestellt. Griebler ist verheiratet und hat zwei Söhne.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

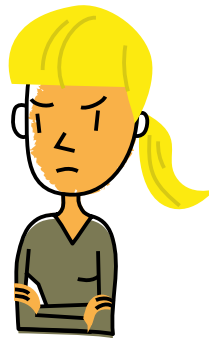
Querraunzerin**Für einen
freien ORF!**

Verhaberung, Postenschacher, Interventionen und Schleimerei: Die veröffentlichten Chats haben tief in den Maschinenraum der türkis-grünen Republik blicken lassen. Auch zwei mächtige Chefredakteure haben ein skandalöses Bild abgegeben. Der Schaden? Enorm. Das Vertrauen in die unabhängige Berichterstattung in Österreich? Heftig erschüttert. Rainer Nowak, Chefredakteur der Tageszeitung „Die Presse“, und Matthias Schrom, ORF2-Chefredakteur, sind bereits zurückgetreten.

Ist jetzt eh alles wieder in Ordnung? Mitnichten. Ganz und gar nicht. Die Freiheit der Medien ist in Österreich immer wieder in Gefahr, weil die Politik nicht die Finger von ihnen lassen kann. Trauriges Beispiel ist der ORF.

30 der 35 Stiftungsräte sind einer Partei zuzuordnen. Sie wurden von der Regierung, den Parlamentsparteien und Bundesländern bestellt. Auch der Publikumsrat wird mehrheitlich von Parteien besetzt. Der ORF-Generaldirektor wird auch nicht wirklich „gewählt“, sondern vielmehr von den Parteien über die sogenannten „Freundeskreise“ im Stiftungsrat bestellt.

Diese Bundesregierung hat den Wert von Pressefreiheit für die Demokratie nicht verstanden. Sie scheint im ORF eine Art „Supportabteilung“ zu sehen, einen Staatsfunk, mit klarem Befehl, die Aufträge der Führung abzuarbeiten. So haben ÖVP und Grüne in einem geheimen Sideletter zum Koalitions-



**„Wer mit der Politik
über Posten verhandelt,
hat im ORF nichts
verloren.“**

abkommen die Führungsfunktionen im ORF mit größter „Selbstverständlichkeit“ und ohne Genierer einfach aufgeteilt, damit keiner „der Dumme“ ist. Und vor allem auch, um sich die Einflussnahme auf finanzielle, personelle und inhaltliche Entscheidungen zu sichern. Das ist untragbar! Schluss damit!

Der ORF darf nicht weiter der Spielball von politischen Parteien sein. Wir brauchen ein ORF-Gesetz, das sicherstellt, dass ausgewiesene Expertinnen und Experten in den Gremien des ORF sitzen und keine Partei-Günstlinge. Denn echte Pressefreiheit be-

deutet die komplette Unabhängigkeit von Einflussnahmen und Weisungen der Politik, die in die Arbeit von Journalist*innen eingreifen will. „Wer mit der Politik über Posten verhandelt, hat in einem unabhängigen ORF nichts verloren“, forderte auch der ORF-Redakteursrat Anfang des Jahres. Allein schon den Eindruck einer Befangenheit zu erwecken, gefährdet den Ruf und die Unabhängigkeit der Berichterstattung und damit den Journalismus.

Fakt ist: Diese Bundesregierung schädigt durch ihre strukturelle Einflussnahme die Kontrollfunktion des öffentlich-rechtlichen Senders. Und damit auch die Demokratie. Also: Finger weg vom ORF. Der ORF gehört den Österreicherinnen und Österreichern – also uns allen! Und nicht den Parteien!

Wilma

Gebäude in Grau waren **gestern!**

Der Klimawandel begünstigt die Hitze in der Stadt. Die Stadt Wien setzt unter anderem auf Fassadenbegrünungen, um den urbanen Hitzeinseln entgegenzuwirken.



BILD: © JURGEN PREISS

Glyzinien bilden ein kühlendes Zelt im Eingangsbereich zum Amtsgebäude und Kindergarten in der Rathausstraße 8.

Die Stadt Wien hält diverse Unterstützungsmöglichkeiten bereit!

Wer kennt es nicht, wenn man im Sommer durch die Stadt geht und das Gefühl hat, mit jeder Gasse wird es heißer und heißer? Die Stadt hat zahlreiche Maßnahmen ins Leben gerufen, um dem Aufheizen gegenzusteuern. Der positive Einfluss von Fassadenbegrünungen auf das Stadtklima gewinnt dabei mehr und mehr an Bedeutung.

Gute Gründe für grüne Wände

Fassadenbegrünungen wirken sich auch weit über das mit Grünpflanzen versehene Gebäude hinaus positiv auf das Kleinklima aus. Grünfassaden kühlen durch Verdunstung die Umgebungsluft gefühlt um bis zu 13 Grad. Gleichzeitig produzieren sie Sauerstoff, fördern die Schadstoffbindung und verschönern das Stadtbild.

Beratung und Unterstützung

Nicht nur wir Menschen profitieren von den vielen Vorteilen begrünter Gebäude. Wilder Wein, Waldrebe und Co sorgen auch für mehr Leben in der Stadt, denn Fassadenbegrünungen bieten einer Vielzahl von Tieren eine wichtige Lebensgrundlage. Insekten, Vögel und Kleinsäugtiere nutzen die Pflanzen als Nahrungsquelle und Lebensraum. Jede begrünte Fassade leistet daher auch einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der städtischen Biodiversität.

Im Auftrag der Stadt Wien bietet DIE UMWELTBERATUNG

kostenlose Erstberatungen, um privaten Projekten Leben einzuhauchen: von der finanziellen Unterstützung bis zur Unterstützung zum Erlangen aller erforderlichen Genehmigungen für die Errichtung von Fassadenbegrünungen. Betriebe, die ihren Firmensitz begrünen wollen, finden bei Oeko-Business Wien Unterstützungs- und Beratungsangebote.

Die Stadt macht's vor

Die Stadt selbst geht mit gutem Beispiel voran. In den letzten vier Jahren wurden mehr als 40 öffentliche Gebäude begrünt, zuletzt das Amtshaus Mariahilf sowie das Bürogebäude in der Rathausstraße 8. Auch in Gemeindewohnbauten können sich Bewohner*innen über die Aufwertung ihres Lebensumfelds mit Fassadenbegrünungen freuen.

barbara.reinwein@wien.gv.at
juergen.preiss@wien.gv.at

Sie möchten Ihr eigenes Gebäude begrünen lassen, oder haben Ideen, welche Stadt Wien-Gebäude begrünt werden sollten? Dann ist „Stadt Wien-Umweltschutz“ der richtige Kontakt für Sie! Mehr Infos zu Fassadenbegrünungen unter www.wien.gv.at/umweltschutz/raum/gruene-waende.html

Klimabewusst, anstatt Blechdosen zu bauen

Auch die Organisation des vielfältigen, breit gefächerten Sportangebots für Wien durch die MA 51 steht ganz im Zeichen von Klimaschutz und Energiesparen.

„**R**aus aus Gas“ bis 2040 hat im Zuge des aktuellen Bauprogramms der MA 51 oberste Priorität. Die Gasthermen auf den verpachteten Sportanlagen werden darum Schritt für Schritt durch Luftwärmepumpen ersetzt. Beim PHH Fortuna 05 in der Krottenbachstraße etwa wurde das Bestandsgebäude bereits komplett abgerissen und der funktionale Neubau den aktuellen Standards entsprechend gedämmt. Bis zur Eröffnung im Mai 2023 wird auch noch das Flachdach mit Photovoltaikmodulen bestückt. Beides nützt, um rund 30 Prozent an Energiekosten zu sparen.



Sport für alle, bei jedem Wetter. Die 100 Paneele der Photovoltaikanlage werden circa 40.000 bis 45.000 kWh Strom pro Jahr liefern.

Beheizung mit Geothermie

Das Areal der neuen Sportarena Wien, die dem Ferry-Dusika-Stadion nachfolgt, wurde vor Baubeginn mittels Tiefenbohrungen auf ausreichend geothermische Erdwärmegewinnung überprüft. Das Ergebnis ist sehr positiv und die Sportarena wird künftig mittels Geothermie anstatt Gas beheizt werden, wodurch ein energieeffizienter, zukunftsweisender und kostengünstiger Hallenbetrieb sichergestellt ist.

Bauschutt recyceln

Aber auch die gesamte Baustelle an sich ist ökologisch: Das Abbruchmaterial wird so weit wie möglich recycelt und vom Beton- und Mauerwerksabbruch bis zum Metall wieder als Baumaterial genutzt. Bis zur geplanten Nutzungsaufnahme im zweiten

Quartal 2025 wird die gesamte Beleuchtung der drei Gebäudeebenen sowohl im Innen- als auch Außenbereich mittels modernster LED-Technologie realisiert. Auf der großen Dachfläche findet ebenfalls eine Photovoltaikanlage Platz, welche einen großen Teil des Energiebedarfs der Sporthalle abdecken kann.

Holz und Begrünung

So wenig Bodenversiegelung wie möglich und kühlende Effekte für das neue Gebäude sowie die Umgebung durch Fassaden- und Dachbegrünung stehen beim Bau der neuen Sport & Fun Halle Praterstern im Mittelpunkt. Die bisherige Halle Leopoldstadt muss Ende 2023 ja dem neuen Fernbus-Terminal weichen. Der Ersatz wird am Praterstern bei der

Venediger Au errichtet. Das neue Sport & Fun Areal wird mit vielen grünen Außenflächen gestaltet, um sich gut in die Umgebung des Praters zu integrieren und mit so wenig Bodenversiegelung wie möglich auszukommen. Bei der Außenfassade setzen wir auf Holz als natürlichen Baustoff als Basis für die spätere Fassaden- und Dachbegrünung. Diese erspart im Sommer die Klimaanlage und im Winter so einiges an Heizkosten – und hat auch optisch den Beton- und Blechburgen so einiges voraus.

michael.janata@wien.gv.at

Wir machen Wiens Sportanlagen klimafit und attraktiv für Jung und Alt.

Es ist bereits 10 nach 12!

Wegen des Fachkräftemangels ist es für technische Dienststellen immer schwieriger, geeignetes, versiertes Personal aus der Privatwirtschaft anzuwerben.



BILD: © PETRA SPIDL/ANGI

Martin Kaba
Vorsitzender DA 110 -
Baubehörde

In machen Dienststellen sind sogar mehrere Dienstposten über Monate hin vakant, da für diese kein geeignetes Personal gefunden werden kann. Und es wird nicht besser. Die HG 1 hat allein für die technischen Dienststellen in ihrem Bereich erhoben, dass in den kommenden zehn Jahren 516 T_SBS (Technische Sachbearbeitung Spezialisiert/Werkmeister) benötigt werden – sofern sich alle derzeit aktiven Werkmeister*innen erst mit 65 Jahren in den verdienten Ruhestand begeben.

Wir fordern daher, die bereits vorhandene erfolgreiche duale Ausbildung für Verwaltungsberufe „Job PLUS Ausbildung“ rasch auch für Techniker*innen zu etablieren, damit eine gleichwertige Ausbildung auf Niveau Werkmeisterschule, Bauhandwerkerschule bzw. technische HTL entsteht. Die Zugangsverordnung ermöglicht auch in der Berufsfamilie „Technik“ die Anerkennung gleichwertiger Ausbildungen.

Eigene Ausbildung starten

Daher braucht es dringend einen Stadt Wien-eigenen technischen Lehrgang, den jede*r besuchen kann, die/der einen technischen Beruf bei der Stadt Wien oder in der Privatwirtschaft erlernt hat



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / BIGONE

Um geeignete Werkmeister*innen / T_SBS für die technischen Dienststellen zu bekommen, braucht es einen eigenen technischen Lehrgang.

und sich für einen T_SBS bei der Stadt Wien bewirbt. Denn die Dienstgeberin kann sich nicht länger auf die Lehrlingsausbildung von Techniker*innen in der Privatwirtschaft verlassen; in Zukunft muss sie auf allen Ebenen vermehrt selbst ausbilden.

In Fortbildung investieren

Da technische Berufe in der Privatwirtschaft gefragter sind als je zuvor, ist auch die bestmögliche Weiterbildung enorm wichtig, um geeignetes technisches Personal rekrutieren zu können. Für junge Menschen ist allerdings eine technische Weiterbildung, z. B. in einer Werkmeisterschule, fast nicht mehr leistbar. Die Stadt müsste sofort reagieren, um junge ausge-

lernte Techniker*innen mit konstruktiver Öffentlichkeitsarbeit abzuholen und selbst fachgerecht weiterzubilden.

Es ist bereits „10 nach 12“! Und die Grundlage sowie die rechtlichen Voraussetzungen wurden bereits im neuen Wiener Bedienstetengesetz sowie in der Zugangsverordnung der Stadt Wien geschaffen. Darum fordern wir eine eigene, interne Lehrlingsausbildung in sämtlichen technischen Dienststellen sowie einen technischen Lehrgang, um die schon heute dringend benötigten T_SBS in den nächsten zehn Jahren nachbesetzen zu können.

Fachkräfteoffensive für Techniker*innen muss sofort starten!

martin.kaba@wien.gv.at

Das Drama geht weiter

Noch nie hat so viel Fachpersonal in den Stadt Wien-Kindergärten gefehlt. Die gesamte Belegschaft ist längst an ihre Belastungsgrenze gekommen - viele Bedienstete kündigen!



Leere Kindergärten aufgrund von Personalmangel? Viele Kolleg*innen in der MA 10 gehen.

Die Anzeigen und zumeist haltlosen Vorwürfe gegen das Personal der MA 10 – Stadt Wien Kindergärten nehmen kein Ende. Dutzende Niederschriften finden statt, um unter Einhaltung aller vorgegebenen Maßnahmen lückenlose Aufklärung zu betreiben. Die Kinder sind zufrieden und glücklich, Obsorgeberechtigte nach Abschluss der Verfahren auch. Wer am Ende des Tages mit dem Vorwurf des pädagogischen Fehlverhaltens oder des Übergriffs zurückbleibt, ist das Personal, das sich sowohl für die Kinder als auch für die Eltern zumeist seit Jahren aufopfert und dafür nicht einmal ein „Danke“ erwartet. Denn das ist unser Job, und ein „Kinderlachen“ ist Dank genug!

Die Situation spitzt sich immer weiter zu, so kann es auf keinen Fall weitergehen. Und mittlerweile merken auch so manche Eltern, was los ist. Gruppen müssen gesperrt werden, Ausflüge können nicht stattfinden und Feste für die Kinder müssen am Vormittag abgehalten werden. Eltern und Großeltern, die gerne zum Beispiel den Laternenumzug miterlebt hätten, werden eingeladen, da es aufgrund personeller Ressourcen nicht mehr möglich ist, eine größere Veranstaltung am Abend durchzuführen.

Alleingelassen

Die Mitarbeiter*innen leiden und hoffen auf Unterstützung unseres zuständigen Stadtrats Christoph Wiederkehr. Denn es kann nicht sein, dass sich die

Mitarbeiter*innen um jeden einzelnen Handgriff Gedanken machen, sich ständig beobachtet und angeprangert fühlen und einfache Alltagshandlungen für die Kolleg*innen mittlerweile zum Kraftakt geworden sind. „Bitte zieh die Hose ordentlich hinunter“ – ein normaler Satz, den Bedienstete in den elementarpädagogischen Einrichtungen häufig verwenden, wenn sie Kleinkinder beim Toilettengang unterstützen bzw. anleiten. Heute muss man sich doch tatsächlich fragen, ob diesen Satz nicht irgendjemand falsch verstehen könnte. Viele Kolleg*innen haben Angst und verlassen die elementarpädagogischen Einrichtungen und Horte, um ihre psychische Gesundheit zu erhalten.

Couragierte Führung gesucht

Wir brauchen in der MA 10 endlich eine Führung, die mutig alte Verhaltensmuster aufbricht. Eine Führung, die sich stark und kompetent um die verbliebenen Bediensteten bemüht. Die, falls notwendig, auch gegen Willkür vorgeht – sei sie politischer Natur oder von den Bildungspartnern ausgehend. Diese Führungskraft muss unsere Abteilung, die Zukunft des Landes und diesen wunderschönen Beruf retten.

margit.pollak@wien.gv.at
julia.fichtl@wien.gv.at

Die Kolleg*innen sind am Ende!



Margit Pollak
Vorsitzender-
Stellvertreterin
Hauptgruppe 1



Julia Fichtl
Referentin für
Dienstrecht

Sicher ist **sicher**

Die MA 01 - Wien Digital sorgt schon seit Jahren dafür vor, dass die IT-Infrastruktur der Stadt auch im Fall eines Blackouts mindestens 72 Stunden verfügbar bleibt.

Von den Rechenzentren für die gesamte Datenverarbeitung und Datensicherung der Stadt Wien ist der Standort in Stadlau mit zwölf Jahren zwar nicht mehr der Jüngste, aber technisch vorausschauend und innovativ ausgerüstet. Er wurde bereits für technische Weiterentwicklungen optimiert gebaut und ist auch der erste Standort, der sehr aufwendigen und umfangreichen Audits unterzogen wurde – quasi als Prototyp für alle Rechenzentren.

Schon bei der Erstzertifizierung 2021 nach EN 50600 wurde die qualitativ sehr hochwertige Gesamt-Verfügbarkeitsklasse VK 3 erreicht. Damit wird eine „Hohe Verfügbarkeit“ aufgrund der Auslegung mit redundanten Komponenten auf Basis von zwei Versorgungspfaden attestiert. Ende Oktober 2022 wurde das Rechenzentrum durch Cis-Cert von externen neutralen Prüfern rezertifiziert und konnte den sehr hohen Sicherheits- und Qualitätsstandard neuerlich unter Beweis stellen.

Bürgerservice auch im Notfall

Die „Hohe Verfügbarkeit“ inkludiert zum Beispiel auch eine Notstrom-Ersatzanlage, die mit Dieseltreibstoff betrieben wird. Über 40.000 Liter Diesel werden dazu gebunkert, um im schlimmsten Fall, wenn das Stromnetz zusammenbricht, den IT-Betrieb für



BILD: © WIEN DIGITAL/CHRISTIAN ALTENBERGER

Die MA 01 sorgt dafür, dass die EDV für die Stadtverwaltung 365 Tage rund um die Uhr uneingeschränkt zur Verfügung steht.

mindestens 72 Stunden aufrechterhalten. Damit sind einerseits die zentrale Koordination und Information innerhalb der Abteilungen der Stadt Wien gewährleistet, aber auch die wichtigsten Bürgerservices stehen im absoluten Krisenfall weiter zur Verfügung: vom Reisepass-Antrag über Sozialhilfensuchen bis zur Ausstellung von Impfzertifikaten und viele mehr.

Energie sparen

Um Ressourcen zu schonen und Energie zu sparen, wurden in den vergangenen Monaten die Filter der Klimaschranke im Rechenzentrum verbessert und die

Raumtemperatur in den Serverräumen um zwei Grad erhöht. Damit reduzieren sich der Kühlungsbedarf und somit die Laufzeiten der Kälteaggregate. Dies bringt eine jährliche Energieeinsparung von 75.000 bis 100.000 kWh.

In den Wintermonaten kann die Kühlung der Serverräume ausschließlich durch die kalte Außenluft erfolgen. Wenn in diesen Monaten die Kälteaggregate gar nicht laufen, ist das nicht nur eine Energieeinsparung, sondern auch ein weiterer Schritt zu einer Ökologisierung der IT.

christian.altenberger@wien.gv.at

Nicht die Bürger*innen sollen laufen, sondern die Server.

Sie fragen – wir antworten

Es gibt immer wieder Fragen, wie etwas im Dienst- und Besoldungsrecht genau geregelt ist. Unsere Fachreferent*innen informieren Sie in jeder Ausgabe über alle Details zu den häufigsten Themen.



BILD: © PETRA SPOLAHNGI

Regina Müller Was ist die aufgeschobene Elternkarenz?

Drei Monate der Elternkarenz können aufgeschoben und bis zum Ablauf des siebenten Lebensjahres des Kindes in einem oder in Blöcken von ganzen Monaten verbraucht werden. Die Zeit der Elternkarenz verkürzt sich um die jeweiligen Monate. Zum Beispiel: drei Monate aufgeschobene Elternkarenz, Ende der Elternkarenz ist das 21. Lebensmonat des Kindes.

Achtung: Die aufgeschobene Elternkarenz kann nur in Anspruch genommen werden, wenn sich der andere Elternteil nicht in Elternkarenz befindet. Die Absicht, eine aufgeschobene Elternkarenz in Anspruch zu nehmen, ist schriftlich und innerhalb der **acht Wochen Schutzfrist nach der Geburt** bekanntzugeben. Der Beginn der aufgeschobenen Elternkarenz ist spätestens drei Monate vor dem gewünschten Zeitpunkt schriftlich bekanntzugeben.

Für wen macht die aufgeschobene Elternkarenz Sinn?

Entschließen sich Eltern bereits im Vorfeld, nicht das volle Ausmaß der Elternkarenz – bis zum 24. Lebensmonat des Kindes – in Anspruch zu nehmen, so besteht die Möglichkeit, die Elternkarenz aufzuschieben und diese Zeit etwa für den Schuleintritt des Kindes zu nützen. Einen zwingenden Verbrauch der aufgeschobenen Elternkarenz sieht das Gesetz nicht vor.

Vorteil: Bei der aufgeschobenen Elternkarenz ist man weiter krankenversichert.

regina.mueller@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPOLAHNGI

Günter Unger Was tun, wenn der Strom weg ist?

Mitarbeiter*innen der Stadt müssen verpflichtend, soweit technisch möglich, ein E-Learning Modul in der virtuellen Wien-Akademie dazu absolvieren. Die Dienststellen waren auch aufgefordert, bis Anfang Dezember Konzepte vorzulegen, wie bei einem Stromausfall vorzugehen ist und was Dienstnehmer*innen zu beachten haben. Mitarbeiter*innen sind verpflichtet, diese Konzepte einzuhalten – was auch einige dienstrechtliche Fragen aufwirft.

Ist es Dienstzeit, wenn die Dienststelle aufgrund eines Stromausfalls nicht erreicht werden kann?

Dies ist im jeweiligen Paragraph „Abwesenheit vom Dienst“ im Dienstrecht geregelt: Diese Situation bedingt eine gerechtfertigte Abwesenheit vom Dienst. Es ist so viel Arbeitszeit als erbracht anzurechnen, wie der im Gleitzeitdienstplan vorgesehenen Sollzeit entspricht bzw. die/der Bedienstete in diesem Zeitraum nach einem Fixdienstplan Dienst zu leisten hätte; oder, sofern ein solcher Dienstplan nicht vorliegt, wie der von Bediensteten in diesem Zeitraum durchschnittlich zu erbringenden Normalarbeitszeit entspricht. Das Entgelt ist während dieser gerechtfertigten Dienstverhinderung weiter zu bezahlen.

Nach Wiederherstellung der Stromversorgung sind Dienstnehmer*innen verpflichtet, den Dienst unverzüglich wieder anzutreten. Diese Praxis wurde in der Vergangenheit bereits gelebt, z. B. bei Hochwasser, Lawinengebägen und anderen Katastrophen.

guenter.unger@wien.gv.at

Deine Lehre - Deine Zukunft



BILD: ©PARLAMENTSDIREKTION / BUBU DUJMIC

v.l.n.r.: Beatrix Dietl - Mechatronikerin, Sarah Popernitsch - Verwaltungsassistentin, Andre Brunner - Einzelhandelskaufmann.

Das Jahr 2022 war das Europäische Jahr der Jugend. Korinna Schumann, die Präsidentin des österreichischen Bundesrats, hatte aus diesem Anlass Berufsschüler*innen, Lehrlinge sowie junge Gewerkschafter*innen zu einer Diskussionsveranstaltung in das Parlament eingeladen. Gemeinsam mit Expert*innen und Vertreter*innen aus der Politik wurde zu Herbstbeginn diskutiert, wie die Aufwertung des Lehrberufs geschafft werden kann. Neben regelmäßiger Weiterbildung und mehr Unterstützung vor Ort in den Betrieben wurde – nicht nur von uns Jugendlichen – vor allem auch die Anhebung der Bezahlung während der Lehrzeit gefordert.

Prominente Unterstützung

Evelyn Regner, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, betonte, dass es wichtig ist, die Fachkräfte der Zukunft mit entsprechendem Respekt zu behan-

deln. Fiona Herzog, Vorsitzende der Bundesjugendvertretung, forderte außerdem, dass die Lehrinhalte und die Lehrabschlussprüfung in den Berufsschulen dringend modernisiert werden müssen.

Starke yunion-Stimme

Sarah Popernitsch, Jugendvertrauensperson der HG 1-Jugend der yunion, berichtete davon, wie es den Lehrlingen in den letzten zwei Pandemie Jahren in ihrer Lehre ergangen ist – und momentan geht: „Es ist erschreckend, wie viele junge Menschen sich in ihrer Ausbildung und der Berufsschule nicht mehr wohlfühlen.“ Und verlangte nachdrücklich, dass in den Berufsschulen rasch etwas getan werden muss. „Der Spruch ‚Lehrjahre sind keine Herrenjahre‘ ist unerhört. Wir sind keine Hilfsarbeiter! Wir sind so viel mehr!“, antwortete Sarah Popernitsch auf die Frage, wie sie dieses Vorurteil findet. „Wir

wollen, dass sich viel mehr junge Menschen für eine Lehrausbildung begeistern.“

Wir haben Flagge gezeigt

Alle haben mit der Teuerung zu kämpfen, doch wir – die jugendlichen Arbeitnehmer*innen – sind besonders stark betroffen und werden oft vergessen. Darum war es uns wichtig, bei der „Preise runter!“-Demo sichtbar ein Zeichen zu setzen.

Das Wetter war am 17. September zwar nicht gerade einladend, trotzdem waren viele Gleichgesinnte da. Alle waren laut, kämpferisch und haben Stimmung gemacht. Gemeinsam sind wir alle, Jung und Alt, auf die Straße gegangen und haben ein Zeichen gesetzt. Denn es kann so nicht weitergehen. Darum gilt auch nach wie vor: Preise runter – Löhne rauf!

sarah.popernitsch@wien.gv.at

Wir haben eine Frauenministerin?

Für Frauenministerin Susanne Raab gäbe es viel zu tun. Doch sie ist weder sicht- noch hörbar, und ihre bisherigen Leistungen und Erfolge sind überschaubar.

Viele Studien belegen, dass Frauen in Krisenzeiten besonders betroffen sind. Auch die Corona-Pandemie hat das deutlich gezeigt. Eine Auswertung des AMS vom Mai 2021 besagt, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Frauen in den Monaten Dezember 2020, Jänner und Februar 2021 gegenüber den Vergleichsmonaten vom Vorjahr weitaus höher war als bei Männern. Im Dezember 2020 lag die Frauenarbeitslosigkeit sogar um 42 Prozent über der Arbeitslosigkeit vom Dezember 2019. Gegenmaßnahmen seitens der Frauenministerin kenne ich keine.

Geringverdienerinnen

Die eine Krise war noch nicht vorbei, brachen schon die nächsten über uns herein: Ukraine-Krieg, Energiekrise und die enorme Teuerung. Die Preise für Miete, Strom, Gas und Lebensmittel gehen durch die Decke. Klatschen wird diesmal aber schon gar nicht reichen. Es braucht effiziente Maßnahmen, vor allem von der Bundesregierung. Sie muss eingreifen und gegensteuern, damit nicht noch mehr Menschen in Richtung Armutsgefährdung rutschen.

Von einem reichen Sozialstaat dürfen sich die Bürger*innen zu Recht erwarten, dass sie in Notlagen nicht allein gelassen werden. Einmalzahlungen sind nett, helfen langfristig aber nicht. Das zeitweise Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel da-

gegen, wie vom ÖGB gefordert, würde den Menschen – vor allem Alleinerzieherinnen und Frauen mit geringen Einkommen – in diesem Land enorm helfen.

Pensionsantrittsalter

Jede zweite Frau geht aus der Arbeitslosigkeit in Pension. Beim Pensionsantrittsalter wird aber sehr wohl auf „Gleichberechtigung“ gesetzt und das Antrittsalter für Frauen konsequent erhöht – das ist mehr als zynisch. Bereits am 3. August war der österreichische „Equal Pension Day“, jener Tag, ab dem Frauen bis zum Jahresende keine Pension mehr erhalten. Ich vermisste den politischen Willen der Bundesregierung, die Löhne in frauendominierten Berufen anzuheben. Solange eine Stunde Arbeit an einem Zylinderkopf mehr wert ist als eine Stunde Arbeit an einem

Menschen, wird sich hier auch nichts ändern.

Maßstäbe für Frauenministerin

Hinsehen, die Problematik aufgreifen und ansprechen, ist nur die Minimalanforderung an eine Frauenministerin. Echte Frauenpolitik heißt aufstehen, sich für die Probleme auch gegen unangenehme Widerstände einsetzen und geeignete Maßnahmen treffen. Ohne eine starke Stimme der Frauen in der Regierung verhalten die Lösungsansätze von Gewerkschaften, Arbeiterkammer und sozialdemokratischen Politiker*innen leider meist ungehört.

regina.mueller@wien.gv.at

**Wir brauchen eine Kämpferin für
Frauenrechte als Ministerin.**



Susanne Raab spricht frauenpolitische Ungerechtigkeiten nicht an.



Regina Müller
Frauenvorsitzende
sowie Referentin für
Frauen, Jugend und
Diversität

Mediation kann vieles positiv verändern

Durch ein vertrauensvolles, offenes Gespräch wird gegenseitiges Verständnis geschaffen. Es entstehen oft gute Lösungen, von denen alle profitieren.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / DOTSHOCK

Eine wertschätzende Haltung, Zuhören und Ausreden lassen sind die Grundvoraussetzungen für das Gelingen von Mediation.

entwickelt sich früher oder später – für die Mediant*innen oft unmerklich – ein Verständnis für den Standpunkt der jeweils anderen Person(en).

Erfolg im Alltag

Mediation wird sowohl im privaten als auch beruflichen Bereich angewendet. Als Behindertenvertrauenspersonen sind wir oft mit Konflikten betreffend die Arbeitssituation von Kolleg*innen mit Behinderungen konfrontiert. In Gesprächen mit den Beteiligten – wie etwa den Mitarbeiter*innen mit Behinderungen, Personen der Führungsebene aber auch weiteren Kolleg*innen im Umkreis des Konflikts – kann in mediativ geleiteten Gesprächen wechselseitiges Verständnis gefördert und eine Lösung gefunden werden. Vermeintliche „Gegner*innen“ werden wieder zu kooperierenden Teams. Arbeitsklima und Lebensqualität aller verbessern sich, sodass der Fokus wieder auf die gemeinsame Arbeit gelegt werden kann.

gabriele.karoh@wien.gv.at



BILD: © PHILIPPSCHUSTER/ING1

Gabriele Karoh
stv. Vorsitzende der Behindertenvertrauenspersonen der HG 1

Gemeinsam kann vieles gelingen, doch in der Interaktion miteinander sind sich Menschen nicht immer einig. Dann ist Mediation ein Weg zur Konfliktlösung. Das Erfolgsrezept: Die am Konflikt unmittelbar beteiligten Personen entwickeln die Lösungen selbst – das Ergebnis wird somit auch von allen akzeptiert.

Gemeinsame Strategiefindung

Konstruktive Kommunikation zwischen Konfliktparteien erweist sich oft als schwierig. Hier kann die Unterstützung durch eine/n Mediator*in hilfreich sein. Das Verfahren basiert grundsätzlich auf Freiwilligkeit. Zu Beginn ist der Aufbau von Vertrauen zwischen den Mediant*innen, das sind die vom Konflikt unmittelbar

betroffenen Personen, und dem/der Mediator*in wichtig. Dazu gehört auch die Vereinbarung zwischen den Mediant*innen für eine wertschätzende Haltung, Respekt, Zuhören und Ausreden lassen.

Anfangs erhält jede Partei die Möglichkeit, die Situation aus eigener Sicht zu schildern. Der/die Mediator*in ist unparteiisch. Das bedeutet, dass die Perspektive jeder/jedes einzelnen Beteiligten von ihr/ihm eingenommen wird. Bereits im ersten Gespräch kann eine tragfähige Lösung gefunden werden. Manchmal braucht es allerdings etwas mehr Zeit. Während der/die Mediator*in das Gespräch leitet und aus dem Methodenkoffer verschiedene Kommunikationstools anwendet,

Mag.^a Gabriele Karoh steht kurz vor Abschluss ihrer Ausbildung zur Mediatorin:

T: +43 1 4000 02182

M: 0676 8118 02182

gabriele.karoh@wien.gv.at

www.hg1.at/bvp

Zeit für neue Aus- und Weiterbildungsstrategien

Zunehmend weniger Techniker*innen, eine schwindende Anzahl an Lehrlingen, akuter Personalmangel und hohe Fluktuation – die Herausforderungen sind enorm.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/FRANCO LUCATO

Die Stadt muss einen starken Fokus auf zusätzliche „Green Jobs“ legen.

Neben diesen Entwicklungen, mit denen sich die Stadt Wien vermehrt konfrontiert sieht, werden in den kommenden Jahren außerdem viele Mitarbeiter*innen die Stadt Wien durch natürlichen Abgang verlassen. Die Babyboomer-Generation verabschiedet sich in ihren wohlverdienten Ruhestand bzw. in die wohlverdiente Pension. Diese Menge an Abgängen muss rasch kompensiert werden – mit adäquat qualifiziertem Personal. Doch gutes Personal ist schon heute am Arbeitsmarkt

hart umkämpft und schwer zu finden.

Gewaltiger Wissensverlust

Besonders die bereits lange im Dienst stehenden Kolleg*innen besitzen enorme Kenntnisse, sie verfügen über umfassende Einblicke in die Aufgaben der Stadt und haben wertvolle Erfahrung in vielen Bereichen gesammelt. Der Verlust dieses Wissens wird die Stadt Wien vor schwierige Herausforderungen stellen. Um den schon bestehenden, aber vor allem den künftigen Personal-

mangel ausgleichen zu können, müssen die Recruiting-Prozesse überarbeitet und dem gesellschaftlichen Wandel sowie dem Arbeitsmarkt angepasst werden. Die Anwerbung neuer Kolleg*innen muss deutlich verbessert werden.

Lebenslanges Lernen

Außerdem müssen die Aus- und Weiterbildungsangebote dringend interessanter und attraktiver gestaltet werden. Nicht nur die fachlichen Inhalte müssen überarbeitet, ausgebaut und an die künftigen Bedürfnisse angepasst werden, auch die Methoden der Vermittlung gehören modernisiert und den Erkenntnissen der Erwachsenenbildung angeglichen.

Weiters müssen rasch neue Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrlinge (neue Lehrberufe) und adäquate Angebote für Techniker*innen geschaffen werden. Dazu ist es enorm wichtig, die dualen Ausbildungssysteme zu forcieren und weiterzuentwickeln (z. B. Anlehnung an die Job PLUS-Variante im Verwaltungsbereich). Zusätzlich muss der Fokus auf die Schaffung von weiteren Green Jobs (z. B. im Bereich der Umwelt- und Energietechnik) gelegt werden.

Wir als youunion _ Die Daseinsgewerkschaft werden uns für eine passende Aus- und Weiterbildungsstrategie einsetzen und unseren Beitrag leisten, um rasch und effektiv gegenzusteuern!

michael.lewisch@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPIOLA/NGT

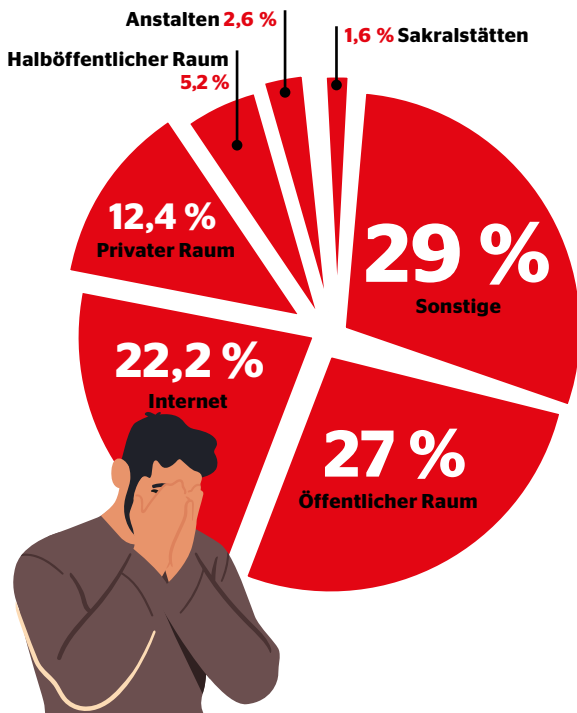
Michael Lewisch
Referent für
Öffentlichkeitsarbeit
und Organisations-
entwicklung



Zahlen, Daten und Fakten Hate Crime

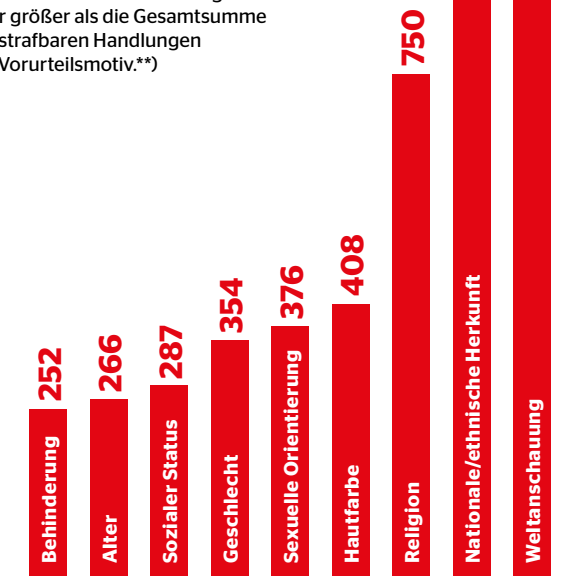
Vorurteilsbedingte Straftaten^{*)} im Jahr 2021
in Österreich polizeilich registriert

Tatorte



Motive

„Hate Crimes“ können mehrere Vorurteilmotive zugeordnet werden, daher ist die Zahl der dokumentierten Vorurteilmotive zumindest gleich oder größer als die Gesamtsumme der strafbaren Handlungen mit Vorurteilmotiv.**)



Verdächtige

Anteil Tatverdächtiger nach Altersgruppen

Alter	Hate Crime	Gesamtkriminalität
unter 14 Jahren	5,4 %	3,1 %
14 bis unter 18 Jahren	19,8 %	10,8 %
18 bis unter 21 Jahren	7,9 %	9,0 %
21 bis unter 25 Jahren	8,3 %	11,1 %
25 bis unter 40 Jahren	28,5 %	34,7 %
40 Jahre und älter	30,1 %	31,3 %



^{*)} Vorurteilsmotivierte Straftaten sind gerichtlich strafbare Handlungen, die aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit geschädigter Personen zu Gruppen begangen werden, die die Täter*innen ablehnen. ^{**)} Insgesamt wurden in der Erfassungsperiode 6.619 Vorurteilmotive dokumentiert.

Echt gut!**„Der Rechnungshof empfiehlt die Auflösung der COFAG.“**

Die Presse, 28.10.2022 ✓✓

„1,5 % des Vermögens der 49 österreichischen Milliardär*innen (Σ 170 Mrd €) reichen, um die gesamte manifeste Armut zu beseitigen, die 386.000 Menschen - davon 94.000 Kinder - trifft.“

Markus Marterbauer, AK-Experte, 19.11.2022 ✓✓

„Die ÖVP hat kein Korruptionsproblem, die ÖVP ist das Korruptionsproblem. Das liegt am Tisch.“

Beate Meinl-Reisinger, NEOS, 20.10.2022 ✓✓

„Dieser Mann kann nicht länger die zweithöchste Funktion im Staat bekleiden.“

Jörg Leichtfried (SPÖ) über Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka, 19.10.2022 ✓✓

Echt böse!**„Die Volkspartei NÖ ist die einzige wirklich eingetragene und damit eigenständige Niederösterreich-Partei, alle anderen sind Filialen ihrer Bundespartei.“** ✓✓Mag. Günther Haslauer, Pressesprecher
VPNÖ, 14.11.2022**Post aus Brüssel**

Red ma's in a Sacker!

Die Müllabfuhr in Brüssel sorgt bei Wiener*innen immer wieder für Staunen. Hier gibt es nämlich ein „Sackerlsystem“. Der Müll kommt hier in Plastiksäcke: weiße für Restmüll, blaue für Plastik und Dosen, gelbe für Papier, grüne für Gartenschnitt und orange für den Biomüll.

„Bruxelles-Propreté“, die städtische Müllabfuhr, regelt, wann wir die Säcke auf die Straße vor unserem Haus – keinesfalls vor das Haus der Nachbar*innen! – stellen dürfen. Statt Müllgebühren zu zahlen, kaufen wir die Säcke im Supermarkt. Wenn in meiner Straße der weiße Sack dienstagsvormittags abgeholt wird, darf ich ihn frühestens ab 18 Uhr am Vorabend rausstellen. Das mache ich aber nicht, weil es Tiere gibt, die sich daran bedienen, und dann haben wir den ganzen sprichwörtlichen Salat auf der Straße.

Warum es hier anders ist als in Wien? Viele Wohnhäuser mit meist nur drei, vier Parteien haben weder einen Müllraum für Container noch eine/n Hausmeister*in. Da geht es halt nur mit so einem Sackerlsystem. Und wenn einmal etwas nicht klappt, gibt es eine App von Bruxelles-Propreté. Da schicken wir dann ein Foto mit der Adresse hin, und die Mitarbeiter*innen dort sorgen genauso schnell und kundenfreundlich wie unsere Kolleg*innen in Orange in Wien für eine saubere Stadt.

Michaela Kauer MBALeiterin des Verbindungsbüros der Stadt
Wien in Brüssel

8 Fakten zu den Gehältern

Wer hat mit wem verhandelt? Was waren die Themen?
Wir geben Einblicke in die Gehaltsverhandlungen des

1

WER mit WEM?

Auf der Seite der Arbeitgeber*innen führten Mag. Werner Kogler, Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport und Finanzminister Dr. Magnus Brunner das Verhandlungsteam an. Auf der Seite der Arbeitnehmer*innen leiteten Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, und Norbert Schnedl, Vorsitzender der GÖD die Gespräche – gemeinsam mit einem 15-köpfigen Team. Manfred Obermüller, Vorsitzender der Hauptgruppe 1, war ebenso Teil des Verhandlungsteams.

2

WANN und WO?

Die Verhandlungen fanden von 20. Oktober bis 23. November 2022 im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, in der Sektion III: Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation, statt.

3

WIE?

Sachlich, sehr wertschätzend und konstruktiv liefen die Gespräche. Es wurde großer Wert darauf gelegt, dass die Gehälter erhöht werden und damit die Kaufkraft nachhaltig gesichert wird.

„Mit dem Abschluss konnten wir eine nachhaltige Kaufkraftsteigerung erreichen!“

Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft



Zweite Runde der Gehaltsverhandlungen 2023 im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, in der Sektion III: Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation in der Hohenstaufengasse am 11.11.2022.

4

Die Benya-Formel

Sie ist die Grundlage jeder Gehaltsverhandlung, benannt nach dem ehemaligen Gewerkschafter Anton Benya. So sollen die jährlichen Lohnerhöhungen die Abgeltung der rollierenden Inflation plus den Wert des mittelfristigen Produktivitätszuwachses (Wirtschaftswachstum) umfassen. Dadurch soll die Kaufkraft der Arbeitnehmer*innen erhalten werden.

tsverhandlungen

Was wurde erreicht?
Öffentlichen Dienstes.

**+ 9,41 %
bis + 7,15 %,
mindestens
170 €**



BILD © MARCUS EIBENSTEINER/FOUNION - DIE DASEINSGEWERKSCHAFT

öffentlichen Dienst und Sport, Sektion III: Öffentlicher Dienst und

5 **Rollierende Inflation**

Am Beginn der Verhandlungen wird traditionell die rollierende Inflation zwischen Oktober (2021) und September (2022) außer Streit gestellt. Die Inflation ab Oktober 2022 wird im kommenden Jahr bei der Gehaltsverhandlung 2024 berücksichtigt. Bereits in der ersten Verhandlungsrunde wurde die Inflation (10/2021–09/2022) mit 6,9 % festgelegt.

8 **Erfolg**

Die Löhne und Gehälter werden mit 1.1.2023 um 7,15 % und mindestens um 170 Euro erhöht. Das ergibt bei kleinen Einkommen bis zu +9,41%. Die Zulagen und Nebengebühren werden um 7,32 % erhöht.

7 **Themen**

Thematisiert wurden das Engagement und die Leistungen der öffentlichen Verwaltung während der Pandemie und der Ukraine-Krise, die enorme Teuerung, der Personalmangel in vielen Bereichen sowie der zunehmende Druck durch neue Aufgaben.

6 **Wirtschaftswachstum**

Der ÖGB bekennt sich in seiner Lohnpolitik zu einer Orientierung der Lohnsteigerungen an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Das Wirtschaftswachstum wird von den beiden Instituten WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut) und dem IHS (Institut für Höhere Studien) für das laufende und das kommende Jahr berechnet. In der ersten Verhandlungsrunde konnte das Wirtschaftswachstum 2022 mit 4,75 % außer Streit gestellt werden.

Chirurgie heute: präzise, schonend, präventiv

In der Chirurgie als eine der medizinischen Kerndisziplinen sind die Entwicklungen der modernen Medizin deutlich spürbar. Effektive minimal invasive Methoden sind mittlerweile zu Standardeingriffen geworden.



Löblichgasse 14
1090 Wien
T +43 1 31 350-0

Laparoskopische Operationen („Schlüssellochchirurgie“) sind die Methode der Wahl bei einer Vielzahl von chirurgischen Eingriffen wie der Gallenblasenentfernung oder die Chirurgie der Bauchwandhernien. Die Vorteile für Patient*innen liegen in deutlich weniger Schmerzen und schnellerer Rückkehr zum normalen Alltag. An unserer Abteilung werden diese Methoden regelmäßig erfolgreich angewendet.

Individualisierte Behandlung

Oft bestehen mehrere Therapiemöglichkeiten für eine Erkrankung. Zur operativen Behandlung von gastroösophagealer Refluxkrankheit (GERD) stehen mehrere minimalinvasive Methoden zur Verfügung, von laparoskopischer Hiatoplastik und Fundoplicatio als einem kombinierten Verfahren zur Wiederherstellung der mechanischen Anti-Reflux-Barriere bis zur Implantation eines



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/DWYTRZINKEVICH

Magnetings LINX, mit dem ein aus magnetisierten Titanperlen bestehender Ring um den Ausgang der Speiseröhre gelegt wird.

Schonende Routineoperationen

Die Auswahl der operativen Methoden erfolgt anhand der individuellen (Krankheits-)Merkmale eines/einer Patient*in. Die Magenspiegelung und spezielle Refluxdiagnostik wie hochauflösende Ösophagus-Manometrie und 24-Stunden Impedanz-pH-Metrie

liefern dazu wichtige Information. Dabei können auch bedeutende Zusatzbefunde, wie die Barrett-Metaplasie – eine Schleimhautveränderung mit erhöhtem Risiko für Krebsentwicklung, oder Bewegungsstörungen der Speiseröhre – diagnostiziert werden, welche das Behandlungskonzept bestimmen.

Patient*innen, die sich an unsere Ambulanz mit Refluxbeschwerden wenden, stehen nach entsprechender Aufklärung alle Möglichkeiten zur weiteren Diagnostik und Behandlung zur Verfügung.

Bei Zukunftsforschern steht der Arztberuf ganz vorne auf der Liste der sich stark verändernden Berufe. Uns erwarten Roboterchirurgie und künstliche Intelligenz in allen Medizinbereichen. Was heute fantastisch klingt, wird in einigen Jahren Realität werden. Was aber immer bestehen bleibt und mit der Zeit noch wichtiger wird, ist die Beziehung zwischen Ärzt*in und Patient*in. Das schafft Vertrauen, bringt Zuversicht und Sicherheit.



BILD: © SYMBOLOFOTO SHUTTERSTOCK/DWYTRZINKEVICH

Prim.ª Dr.ª Yelena Devyatko
Leiterin Fachbereich Chirurgie
sowie des Brustgesundheitszentrums,
Fachärztin für Chirurgie

Sanatorium Hera - Fachbereich Chirurgie

Terminvereinbarung erforderlich!

Telefonische Anmeldung:
+43 1 31 350-45444
Online-Terminvereinbarung:
www.sanatoriumhera.at

Ambulanzzeiten

Mo	08.00-13.00 Uhr
Di-Do	08.00-14.30 Uhr
Fr	08.00-12.00 Uhr

Prim.ª Dr.ª Yelena Devyatko

Auf ein gesundheitsförderliches 2023!

Die Übernahme der arbeitsmedizinischen Betreuung aller Dienststellen ist abgeschlossen, und viele neue Gesundheitsförderungsprogramme sind bereits implementiert.



BILD © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/MICOLAS

Dem Arbeitsmedizinischen Zentrum der KFA wurde von der Stadt Wien die Aufgabe übertragen, für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Mitarbeiter*innen am Arbeitsplatz zu sorgen. Im Rahmen des Übernahmeprozesses haben wir den spezifischen Bedarf der einzelnen Dienststellen erhoben. Unser Team entwickelte maßgeschneiderte, auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter*innen abgestimmte Gesundheitsförderungsangebote – von denen im vergangenen Jahr auch schon viele umgesetzt werden konnten.

Attraktive Online-Angebote

Durch steigende COVID-19-Zahlen, vermehrtes Home-Office und die notwendigen Maßnahmen zur Infektionseindämmung war es vor allem wichtig, die Bediensteten mit den gesundheitsförderlichen Programmen beim Arbeiten zu Hause zu erreichen. In Abstimmung mit der Stadt Wien wurden dazu kurze, 15- bis 20-minütige Webinare etabliert. Diese werden

mehrmals täglich live während der Arbeitszeit vorgetragen, mit den Themenschwerpunkten Büroarbeitsplatz und Home-Office. Von Bewegungseinheiten zur morgendlichen Aktivierung über Ernährungstipps, wenn der heimische Kühlschrank lockt, bis hin zu medizinischen und psychologischen Themen finden Sie online im Intranet ein buntes, vielfältiges Programm.

„mag.gesund.arbeiten“

Besuchen Sie auch das Portal „mag.gesund.arbeiten“ im Intranet der Stadt Wien und melden

Sie sich für unsere Angebote an. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme! Für den Ausbau unserer Online-Angebote werden in den kommenden Monaten umfangreiche Anpassungen auf der internen Intrexx-Plattform vorgenommen, die Sie aus dem Stadt Wien-Netz aufrufen können. Hier werden regelmäßig neue Beiträge zu Themen der Arbeitssicherheit sowie Gesundheitsförderung und auch diverses Material zum Download angeboten.

Digitale Lösungen können und sollen unsere Tätigkeit vor Ort in den Dienststellen nicht ersetzen, jedoch um eine wichtige Dimension erweitern. Sie ermöglichen uns und Ihnen, auch im kommenden Jahr schneller miteinander in Kontakt zu treten und den administrativen Aufwand auf beiden Seiten zu minimieren. Und diese eingesparte Zeit nutzen wir für das Wesentliche – für Sie!

Dr. Michael Tersch-Kohoutek



Hermannngasse 24-26,
1070 Wien
T +43 1 4000-45693

Die Arbeitsmedizin beschäftigt sich mit den Einflüssen der Arbeitsanforderungen, der Arbeitsbedingungen sowie der Arbeitsorganisation auf die physische und psychische Gesundheit der Arbeitnehmer*innen. Das Leistungsspektrum gliedert sich in Arbeitsmedizinische Leistungen, Betriebliche Gesundheitsförderung und Arbeitspsychologie.

Arbeitsmedizinisches Zentrum (AMZ)

der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA)
Hermannngasse 24-26, 1070 Wien
Telefon: 43 1 4000-45693
E-Mail: arbeitsmedizin@amz-kfawien.at



**Dipl.-Ing.
Clemens
Horak
Bakk.**

**Neuer Leiter
MA 18 - Stadt-
entwicklung und
Stadtplanung**

Der gebürtige Wiener absolvierte 2009 sein Bauingenieur-Studium an der TU Wien mit ausgezeichnetem Erfolg, seine Diplomarbeit wurde von der AK-NÖ mit dem Innovationspreis ausgezeichnet. Ab 2010 war Clemens Horak in der MA 18 im Referat „Stadtforschung und Raumanalysen“ tätig, von 2015–2019 als Leiter des Teams „Sozialforschung und Stadtökonomie“. 2019 wechselte er in den Geschäftsbereich Bauten und Technik der MD, in das „Kompetenzzentrum übergeordnete Stadtplanung, Smart City Strategie, Partizipation, Gender Planning“. Seit Jänner 2020 ist er auch Projektkoordinator für das „Zielgebietsmanagement – Donauraum Leopoldstadt Prater“.



**Mag.ª
Viktoria
Neuber**

**Neue
Abteilungs-
leitung für
Wohnbau-
förderung in
der Stadt Wien**

Die Juristin arbeitet seit 1997 bei der Stadt Wien, wo sie zunächst Praxis als Referentin in den Magistratischen Bezirksämtern Floridsdorf und Landstraße erwarb. 1998 wechselte sie in das Magistratische Bezirksamt für den 1. und 8. Bezirk, wo sie ab dem Jahr 2000 Stellvertreterin des damaligen Leiters war. Seit August 2005 leitet sie das Magistratische Bezirksamt Meidling, wobei sie Ende 2012 für ein halbes Jahr auch das MBA 21 interimistisch mitgeführt hat. Am 2. Jänner 2023 beginnt sie die neue Tätigkeit als Leiterin der MA 50.



**Mag.ª
Karin
Broukal**

**Neue
Abteilungs-
leiterin der
MA 10 - Wiener
Kindergärten**

Die gebürtige Wienerin arbeitete während ihres Jus-Studiums beim Verein Helping Hands, bei mehreren Rechtsanwaltskanzleien und als freie Mitarbeiterin beim ORF. Nach Abschluss des Studiums absolvierte Karin Broukal das Rechtspraktikum am OLG Wien, begann am 1. September 2008 als rechtskundige Bedienstete ihre Job-Rotation im MBA 12, die sie in weiterer Folge zur Wiener Kinder- und Jugendhilfe – MA 11 und Kindergärten – MA 10 führte. In der MA 11 leitete sie 8 Jahre das Referat „Kindergruppen und Tageseltern“, anschließend fünf Jahre das Referat „Kindertagesbetreuung“, seit Juni 2022 das Referat „Pädagogische Qualitätssicherung“.



**Im
Gedenken**

Am 17.12.2022 ist Helmut Laschke im Alter von 58 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben. Er war mit ganzem Herzen Gewerkschafter und Vorsitzender des Dienststellenausschusses Wien Kanal.

„Geht nicht, gibt's nicht“, dieses Lebensmotto von Helmut Laschke haben wir alle noch im Ohr. Als Mensch hat dich deine große Hilfsbereitschaft, dein Gerechtigkeitsinn, dein Humor und dein unermüdlicher Einsatz für unsere Kolleg*innen ausgezeichnet. Das Wichtigste in deinem Leben und dein größter Stolz war für dich aber deine Familie. „Dich vergessen, gibt's nicht“, lieber Freund und Wegbegleiter. Manfred Obermüller

Kinderärztin, Gewerkschafterin, Ministerin**Sabine Oberhauser**

Sie war ein Kind der Kreisky-Ära. Wissbegierig, quirlig, leutselig, aber auch „goschert“: Sabine Oberhauser. Sie wird 1963 in Wien geboren. Der Vater ist Installateur, die Mutter arbeitet bei der Post. „Schuchi“, wie sie wegen ihres Geburtsnamens „Schuh“ auch genannt wird, lernt leicht und ist ehrgeizig. Schon als Schülerin verteidigt sie diejenigen, die zu schwach waren, es selbst zu tun. „Ich konnte es mir leisten, weil ich Klassenbeste war“, sagt sie später. Als ein Erlebnis, das sie geprägt hat, nennt Sabine einen Vorfall in der Schule: Als eines Tages die „Neuen Rechten“ Zettel mit „Nazijargon“ vor der Schule verteilen, diskutiert sie mit ihnen. Sie hat Rückgrat, lässt sich nichts gefallen.

Die Eltern ermöglichen ihr den Besuch eines Gymnasiums. Nach der Schule studiert sie Medizin in der Mindeststudienzeit und absolviert die Ausbildung zur Fachärztin für Kinder- und Jugendheilkunde sowie für Allgemeinmedizin. Sie heiratet einen Radiologen und wird Mutter zweier Töchter.

Sabine will die Gesellschaft gestalten, Ungerechtigkeiten bekämpfen, sich für benachteiligte Menschen einsetzen. Bereits als junge Spitalsärztin entscheidet sie sich für die Politik. Rudolf Hundstorfer holt sie in die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG). Ab 1998 ist sie als freigestellte Personalvertreterin im Personalgruppenausschuss Ärzt*innen in der GdG tätig. Erste politische Erfahrungen sammelt sie im Bezirksvorstand der SPÖ Alsergrund, dem sie von 2005 bis 2009 angehört.



„Woran man sich in 50 Jahren erinnern soll, wenn der Name Sabine Oberhauser fällt? An mein Lachen und eine integre Person ...“

Sabine kandidiert für den Nationalrat, im Jahr 2006 gelingt ihr der Sprung ins Parlament. Sie wird Gesundheitssprecherin, in der darauffolgenden Legislaturperiode dann Sozialsprecherin der SPÖ. 2009 wird sie zur Vizepräsidentin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und 2013 zur ÖGB-Bundesfrauenvorsitzenden gewählt. 2014 wird sie Gesundheitsministerin. Was sie als Politikerin kennzeichnet, ist ihr bedingungsloses Bemühen um Sachlichkeit und Fairness.

2015 ändert sich ihr Leben schlagartig. Diagnose: Unterleibskrebs. Sie geht offen mit der Krankheit um. Ihre Botschaft an andere Betroffene: Krebs ist kein Grund sich zurückzuziehen! Ihr Mann pflegt und umsorgt sie liebevoll. Dennoch

verliert sie ihren tapferen Kampf gegen die Krankheit im Jahr 2017. Sie bleibt bis zuletzt im Amt. In Anerkennung ihrer Leistungen haben die ÖGB-Frauen die „Sabine Oberhauser Medaille“ für außerordentlichen Einsatz zur Gleichstellung von Frauen ins Leben gerufen.

„Es soll weniger Bürokratie geben, damit die Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, wieder näher an den Patientinnen und Patienten sein können.“



Die Klimakrise ist eine soziale Krise

Damit in der aktuellen Energiekrise niemand auf der Strecke bleibt, ist Klimagerechtigkeit fester Bestandteil der Wiener Klimastrategie.

Für manche Menschen in Wien sind die Energierechnungen existenzbedrohend. Veraltete, ineffiziente Heizsysteme schaden nicht nur dem Klima, sondern auch dem Haushaltsbudget. Den Umstieg auf sparsamere und klimafreundlichere Geräte können sie sich aber sehr oft nicht leisten.

Energieunterstützung hilft

Wenn Menschen wenig verdienen und überdurchschnittlich viel für Energie bezahlen müssen, spricht man von Energiearmut. Betroffenen in akuten finanziellen Notlagen hilft nun die Energieunterstützung der MA 40 (Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht), wenn etwa die Stromabschaltung droht. Umfassende Information und Beratung sind ein wichtiger Bestandteil der Energieunterstützung, erklärt Peter Stanzl, Projektleiter Energieunterstützungsmaßnahmen der Stadt Wien, und ergänzt: „Meist ist das Energieproblem aber nicht das einzige Problem. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind mit einer Vielzahl an Themen konfrontiert, zum Beispiel mit Schulden, drohendem Wohnungsverlust oder Arbeitslosigkeit.“

Klimagerechte Maßnahmen wie der Tausch alter Geräte helfen nicht nur in Notfällen, sondern verbessern die Situation der Betroffenen dauerhaft. Klimagerechtigkeit ist deshalb ein wesentlicher Baustein des Wiener Klimafahrplans, der den Weg zur Klimaneutralität – bis zum Jahr 2040 will die Stadt Wien klimaneutral sein – beschreibt. „Soziale Maßnahmen sind ein unverzichtbarer Schritt auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Ein nachhaltiges Wien für uns alle gibt es nur, wenn niemand zurückgelassen wird“, betont Sylvia Berndorfer, Teamleitung der Wiener Bereichsleitung für Klimaangelegenheiten.

Wenn die Stromabschaltung droht

Die aktuelle Energiepreisentwicklung bringt viele Menschen in Bedrängnis. Mit den Beratungs- und Unterstützungsangeboten der MA 40 wurde eine Grundlage für die Erreichung der Wiener Klimaziele geschaffen. Denn eine klimaneutrale und klimaresiliente Welt muss nach Wiener Verständnis auch eine soziale Welt sein.

„Eine klimafitte Stadt erreichen wir nur gemeinsam.“

**Sylvia Berndorfer,
Wiener Bereichsleitung für
Klimaangelegenheiten**



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK / MIRIAM DOERR MARTIN FROMMHERZ

Benachteiligte Menschen am Rande unserer Wohlstandsgesellschaft sind am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen.

Drei Mal Anton-Benya-Preis für die Stadt Wien

Seit 50 Jahren werden außergewöhnliche berufliche Leistungen von Lehrlingen oder Fachkräften mit dem Anton-Benya-Preis ausgezeichnet.

MD-Stv. Wolfgang Müller, die MA 10 und die Wiener Linien wurden heuer mit dem traditionsreichen Preis ausgezeichnet, der den Wert und die Bedeutung der Facharbeit – insbesondere der manuellen Arbeit – in der Öffentlichkeit bewusst machen will. Neben der Anerkennung besonderer beruflicher Leistungen von Lehrlingen und Fachkräften werden auch Menschen geehrt, die sich bei der Ausbildung zukünftiger Fachkräfte besonders verdient gemacht haben.

Die Begründungen der Jury für die drei Preisträger*innen der Stadt:

MD-Stv. Wolfgang Müller

„Wolfgang Müller hat als Krisenmanager im Zuge der COVID-19-Pandemie wesentlich dazu beigetragen, dass sowohl die Stadt als auch der Magistrat ohne Unterbrechung funktionieren. Sein oberstes Prinzip lautet: Wir müssen handlungsfähig bleiben. Die laufende Einbindung der Gewerkschaft ist dafür unerlässlich! Seit 2020 ist er Leiter des Corona-Krisenstabs der Stadt Wien und vertritt das Land Wien in der Corona-Kommission.“

MA 10-Mitarbeiter*innen

„Die Mitarbeiter*innen der MA 10 Wiener Kindergärten haben durch ihre unermüdliche Bereitschaft ermöglicht, dass die kritische Infrastruktur (z. B. Spitäler und Blaulichtorganisationen)

weiterhin aufrechterhalten werden konnte. Standorte der Wiener Kindergärten waren auch durchgehend während des Lockdowns geöffnet. Das Betreuungsangebot war dauerhaft für alle möglich.“

Ausbildungsbetrieb Wiener Linien

„Seit ca. 1960 werden bei den Wiener Linien Lehrlinge ausgebildet. Seit Bestehen der eigenen Lehrwerkstätte 2012 erfolgt die Ausbildung vollständig bei den Wiener Linien und im September 2023 wird die zweite Lehrwerkstätte in Betrieb genommen. Um den Lehrlingen eine möglichst breite Ausbildung zu ermöglichen, durchlaufen sie während ihrer Lehrzeit verschiedene Be-

reiche, um neue Tätigkeiten, Arbeitsweisen und Kolleg*innen kennenzulernen.“

Wolfgang Müller bedankte sich bei der Entgegennahme bei den vielen Mitarbeiter*innen der Stadt, die in der seit mehr als zwei Jahren dauernden COVID-19-Pandemie an einem Strang ziehen: „Ich stehe heute stellvertretend für sehr viele engagierte Kolleg*innen aus der Stadt hier, die seit Jänner 2020 unentwegt und mit großem Einsatz für die Wiener*innen tätig sind. Ihnen allen möchte ich ein großes Danke sagen, es ist unser aller Preis!“

teamwork@fsg-hg1.at



Maria Wolk, Kindergartenleiterin, und Daniel Walenta, Elementarpädagoge.



MD-Stv. Wolfgang Müller übernimmt den Preis – stellvertretend für die Mitarbeiter*innen der Stadt Wien.



AUF DIE PLÄTZE!

KSV TENNISCAMPS FÜR KINDER & JUGENDLICHE

Unsere betreuten Jugendcamps haben mittlerweile als ideales Sommerferienprogramm für alle tennisbegeisterten Kinder Tradition: Sport, eine gesunde Menge Bewegungsminuten, Technik-Training und viel Spaß für Anfänger*innen & Fortgeschrittene. Dank der großen Nachfrage weiten wir das Angebot 2023 auf fünf Termine aus.

Termine im Sommer 2023

24.07. bis 28.07.2023	21.08. bis 25.08.2023
31.07. bis 04.08.2023	28.08. bis 01.09.2023
07.08. bis 11.08.2023	

Top-Angebot pro Kind (5 bis 13 Jahre) und Woche:

€ 150,- für younion Mitglieder
€ 190,- für Gewerkschaftsmitglieder (ÖGB)
€ 230,- für Nicht-Mitglieder

Sichern Sie Ihrem Kind gleich einen Platz!

Für Mitglieder der younion öffnen wir das Buchungsfenster ab sofort.
Ab 31.3.2023 ist die Anmeldung für alle tennisbegeisterten Kinder offen.

Details zum Programm und Anmeldung unter www.ksv-wien.at/jugendcamps

**JETZT
ANMELDEN!**

Per Online-Formular
auf unserer Webseite.

In den letzten Jahren haben - parallel zum Vormarsch der Leistungsgesellschaft - Konkurrenz und Egoismus den Ton angegeben.

Miteinander statt gegeneinander

Nur die Besten setzen sich durch, man muss besser sein als die anderen.“ „Schau auf dich, sonst bleibst du über.“ Ratschläge, die in den letzten Jahrzehnten wohl viele Kinder von ihren wohlmeinenden Eltern erhalten haben. Diese egozentrische Sichtweise hat es allerdings mit sich gebracht, dass wir das gemeinschaftliche Miteinander aus den Augen verloren haben. Manchmal ist diese den eigenen Zielen und Vorteilen vielleicht sogar im Weg gestanden.

In schwierigen Zeiten – und wir können derzeit wohl wahrlich von solchen sprechen – sind allerdings gerade jene Kompetenzen gefragt, die es für ein starkes, gemeinsames Miteinander braucht. „Solidarität“ – ein Begriff, der aus der Mode gekommen ist. So wie das gegenseitige füreinander Eintreten innerhalb einer Gemeinschaft, mit dem Blick auf das Ganze und den Vorteil für alle, anstatt nur auf den eigenen Gewinn. Klingt gar nicht so schlecht, oder?

Doch denken wir nur einmal kurz zurück an die Zeiten des ersten Lockdowns. Da wurde gar nicht so selten das letzte Klopapier vom Einkaufswagen anderer geschnappt, nur damit der eigene Vorrat daheim noch größer wird.



BILD © PHILIPP SCHUSTER / NGT

**Wenn wir wollen,
dass sich etwas
ändert, müssen wir
etwas ändern.**

Wenn die Ressourcen knapper werden, ist sich jeder selbst am nächsten. Wenn dann auch noch Generationskonflikte und Diskussionen um die Verteilungsungerechtigkeit von der Politik geschürt werden, ist das mehr als problematisch und spaltet die Gesellschaft. Genau das Gegenteil wäre jetzt aber gefragt.

Vom ich zum wir – das ist eine Win-win-Situation. Damit Solidarität aber auch gelebt wird, ist es wichtig, die positiven Auswirkungen solidarischen Handelns auf jede und jeden Einzelne/n zu erkennen. Solidarität bedeutet, dass es auch mir besser geht,

wenn es dir besser geht. Das ist etwas anderes, und nicht zu verwechseln mit Altruismus und Selbstaufgabe.

Jahrzehntelang wurde in Teambuilding-Seminare investiert, um genau diesen Gedanken in Firmen zu etablieren. Dass nämlich eine Gemeinschaft, ein Team, immer stärker ist und bessere Chancen hat, als die oder der Einzelne. Transformieren wir doch diesen Gedanken in unseren Alltag und fangen wir an, in unseren eigenen Bereichen solidarisch zu denken und zu handeln.

felix.steiner@fsg-hg1.at

Inhalt

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Europa**
Löhne erhöhen, Übergewinne effektiv besteuern!
- 05 **Leitartikel**
Historischer Verhandlungserfolg

Hauptgruppe 1

- 14 **Umweltberatung**
Gebäude in Grau waren gestern!
- 17 **MA 10**
Das Drama geht weiter
- 18 **MA 01**
Sicher ist sicher

Gewerkschaft

- 20 **Jugend**
Deine Lehre - Deine Zukunft
- 21 **Frauen**
Wir haben eine Frauenministerin?
- 24 **Seite zum Nachdenken**
Hate Crime in Österreich

Gesund & Leben

- 28 **Sanatorium HERA**
Chirurgie heute: präzise, schonend, präventiv
- 31 **teamwork History**
Sabine Oberhauser
- 32 **Klimaschutz**
Die Klimakrise ist eine soziale Krise
- 35 **Gedanken**
Miteinander statt gegeneinander



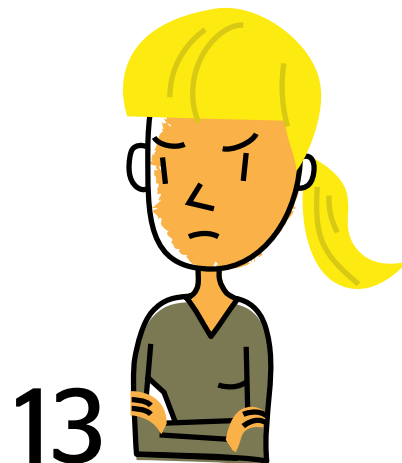
10

„Ich bin kein Freund von Ja-Sagern!“, erklärt Magistratsdirektor Dietmar Griebler im teamwork-Gespräch mit Karin Zauner-Lohmeyer und Manfred Obermüller.



16

Es ist bereits 10 nach 12! Technische Dienststellen finden kaum mehr geeignetes, versiertes Personal.



13

Querrauzerin - Für einen freien ORF!

teamwork

Nr. 4/2022

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

SZ 02Z030516 S

DVR: 0046655